

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 9009. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 272 B

BERLIN • Sonnabend, den 19. November 1932

1 JAHRGANG



# Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.

## Nationalistische Verständigungspolitik.

S. H. Im Klepper-Ausschuß hat sich vor einiger Zeit der Kommunist Rau bei Papen nach einem Herrn erkundigt, „dessen Name schwer zu behalten ist, Moyschewitsch oder so ähnlich“, der angeblich „im Auftrag des Reichswehrministeriums zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung unterwegs sei“.

Dieser mysteriöse Herr wurde in der nächsten Zeit auch sonst erwähnt. Der „Tatkreis“ brachte den Namen genau: Moyschewitsch, Rittmeister a. D., früherer Hohenzollerlernerzieher. Er wird genannt als der Leiter einer Propaganda-Zentrale der Reichsregierung, die, wie es heißt, unter Mitwirkung der Regierung, kurz vor den Wahlen mit einem Kapital von 500.000 Mark gegründet worden ist.

Dieser Arno Moyschewitsch hat kürzlich ein Buch herausgegeben: „Fesseln fallen. Ein deutsch-französischer Roman.“ (Verlag: Gerhard Stalling, Oldenburg.)

„Dieses Buch hat eine politische Bedeutung hat. Wie sehr, das wurde mir drastisch vor Augen geführt, als ich, unmittelbar im Anschluß an diesen Roman die Rede las, die Herr von Papen vor kürzest vor der ausländischen Presse gehalten hat. Geist und Sprache in Rede und Roman decken sich so genau, als hätten beide den gleichen Verfasser. Diese Rede hätte der Held des Romans fast wörtlich in seinem „deutsch-französischen Klub“ halten können. Papens Sturz hebt diese Aktualität des Romans nicht auf. Die Politik des Herrenklubs ist mit dieser Strohfigur noch nicht gefallen!“

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Politik des Herrenklubs ist keineswegs identisch mit der des deutsch-französischen Klubs. Herrn Schleicher dürfte man in diesem Klub nicht ohne Vorzensur sprechen lassen. Vielleicht war das für den Verfasser ein Grund, den Klub in einen Roman zu verlegen, statt seine Forderungen in Form einer politischen Programmschrift bekanntzugeben.

### Der Vertrag von Chillon.

Moyschewitsch schildert: Deutsche und französische Jungen wachsen als Schulkameraden gemeinsam in Straßburg auf. Unter ihnen das Freundespaar Kühne und Fournier, das zusammenhält, als auch die Schulzeit längst vorbei ist. Nur einen Punkt gibt es zwischen ihnen, an dem die freundschaftliche Verständigung zu Zeiten versagt: Jeder glaubt, daß sein Volk und Vaterland vom anderen verkannt und mißachtet werde.

Der Weltkrieg trennt die beiden für Jahre. In einem deutschen Feldlazarett treffen sie wieder zusammen, beide verwundet, Fournier gefangen. Die alte Freundschaft lebt wieder auf, fast gesprengt zwar durch die Frage nach der Kriegsschuld. Bis dann endlich, nach Stunden, bei Kühne die Einsicht dämmert: „Wenn wirklich auch euer Volk den Krieg nicht gewollt hätte, ist dann nicht alles ein Wahnsinn?“ In der Schule, in Straßburg, haben Deutsche und Franzosen trotz aller Reibungen miteinander auskommen können. „Wäre das, was sich in Straßburg vollzog, nicht auch in größerem Rahmen zwischen deinem und meinem Volk möglich?“

1918. In der Schilderung der Revolution legt Moyschewitsch sich keine Hemmungen auf. Kühne ist reaktionär bis auf die Knochen. „Inmitten meuternder Truppen, roter Fahnen, wilder Soldatenräte . . . Stauend, beschämt fragen wir uns heute, warum sich in jenen dunklen Stunden keine beherzten Männer fanden, die dem Aufruhr einer Hand voll Matrosen bewaffneten Widerstand leisteten. . . . Nur einige wenige Bataillone, vielleicht nur Kompagnien, mit ein paar Maschinengewehren, unter entschlossenen Führern hätten genügt, so meint man heute. . . .“

„Als dann in Versailles Deutschland in geradezu sadistischer Weise entehrt, gefoltert und zerstükkelt wurde, hatte sich Hans-Theodor nicht mehr entschließen können, dem Freunde zu schreiben. . . . Es ging dem Deutschen gegen sein Würdegefühl, in dieser Zeit freundschaftliche Briefe mit einem Franzosen zu tauschen.“ Erst nach Jahren, als Kühne die deutsche Politik eingeklemmt sieht in wirtschaftliche und politische Bedrängnisse, da wird der Gedanke einer deutsch-französischen Verständigung in ihm wieder lebendig.

Papen ging am Donnerstag nachmittag zu Hindenburg, der ihm den Entschluß, zurückzutreten, erleichtert zu haben scheint; das Ergebnis war jedenfalls die Demission.

Hindenburg verhandelt jetzt selber und beginnt am Freitag mit Hugenberg, Kaas und Dingeldey. Am Sonnabend sollen Hitler und Schäffer (Bayerische Volkspartei) folgen. Bei all diesen Besprechungen soll nur Staatssekretär Meißner dabei sein.

Den Sozialdemokraten hat Hindenburg — glücklicherweise — „den Ton und den Inhalt“ ihres Antwortschreibens an Papen so übelgenommen, daß er sie nicht zu Besprechungen einladen will.

### „Politik aus dem Glauben.“

(Zwei zeitgemäße Strophen von Morgenstern.)

Niemand anders als mein Glaube  
hat die Berge hier versetzt.  
Daß sich keiner was erlaube:  
Denn ich fühle stark mich jetzt.

Aller Augen stand gigantisch  
offen, als er dies sprach.  
Doch das Land war protestantisch,  
und in Dalldorf starb ein Held.

Hk. Was sagen die Hauptbeteiligten zu der Frage, was geschehen soll?

### Bei den Nazis ist die alte Forderung:

„Wir fordern die Führung“ und „die Berufung Adolf Hitlers als einziger Ausweg“ — so heißt es in den Überschriften eines Artikels von Goebbels. Der Ton des Artikels ist einladend, Goebbels' Arme sind also offen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die noch am 7. November Hitler nicht als Vizekanzler sehen wollte, schreibt jetzt:

„Wir sind keine Nationalsozialisten, und vieles, was eine von Hitler geführte Regierung planen könnte, erfüllt uns mit schwerster Sorge. Trotzdem sehen wir zunächst keine andere Möglichkeit, als Adolf Hitler nach Berlin zu berufen und ihn mit der Lösung der Krise zu beauftragen.“

Ähnlich schreibt die schwerindustrielle „Rheinisch-Westfälische Zeitung“.

### Die „Germania“ redet Hitler ins Gewissen,

sich seiner Verantwortung bewußt zu sein. Sie meint, der 13. August (Hitlers „mannhaftes Nein“) „war von politischen Nebeln umgeben, die nicht alles das klar sichtbar werden ließen, was seinen verfehlten Ausgang bestimmt hat. Nun ist die nationalsozialistische Partei vor aller Öffentlichkeit und im Lichte des hellsten Tages vor die Entscheidung gestellt, ob und unter welchen Bedingungen sie sich in den Staat einschalten und an seinen Aufgaben mitwirken will.“

### Die Zentrumsführer

haben Herrn von Papen, schriftlich erklärt: „Die Deutsche Zentrumspartei stellt für das Ziel der Schaffung einer starken volksverbundenen Regierung und für die beschleunigte Durchführung ihrer Aufgaben jede verfassungsmäßig verantwortbare Mitarbeit zur Verfügung.“

Eine Festlegung auf bestimmte Gruppen für die Schaffung des nötigen Massen-Rückhalts für die starke Regierung ist in der Erklärung also nicht enthalten. „Je umfassender, desto idealer“ meint die katholische „Kölnische Volkszeitung“; auch an die Sozialdemokratie stelle die Stunde die Frage der Mit-

1930 gründeten Kühne und Fournier den deutsch-französischen Klub. Seine Aufgabe: Die „Erbfeind“-Psychosen zu überwinden, für einen friedlichen und vernünftigen Interessenausgleich zwischen Frankreich und Deutschland einzutreten. Kühne arbeitet in Deutschland, Fournier in Frankreich; langsam gewinnt ihre Idee an Boden.

Eine charakteristische Episode: Die Kulturschutz-Liga „Nie wieder Krieg“ ernannte Kühne zum Ehrenmitglied. Das Dokument liegt in den Papierekorb: „Mißverständnis, meine Herr! . . . Ich bin kein Weltbürger, sondern ein Deutscher!“

## AUS DEM INHALT:

Staatlich geschützter Faschismus.  
Vom Klassenkampf in den Betrieben.  
Parteilpolitische Sturheit als Bankrot-  
ursache.  
Die Bodenvorratspolitik Hamburgs.

arbeit. Jedenfalls dürfe man die SPD nicht in die Arme der Kommunisten treiben!

### Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz

legt sich, sogar fest auf die Forderung, daß „in eine wirklich nationale Konzentration auch die Sozialdemokratische Partei einbegriffen werden müsse“. Hier spielt wohl die bayerische Abneigung gegen Hitler mit, dem man hofft, durch Rücksichtnahme auf die SP die Hände binden zu können.

Obwohl glücklicher Weise Hindenburg die SPD nicht eingeladen hat, sind Kräfte am Werk, die SPD von neuem in die nationale Mitarbeit zu bringen.

Hier liegt eine der Hauptgefahren der nächsten Tage!  
Ist die SPD gegen diese Gefahr gewappnet?

Das kann man nach ihrer gesamten Politik der letzten Zeit (z. B. Brauns unausgesetzte nachgiebiger Haltung gegenüber dem unwürdigen Spiel, das mit ihm getrieben wird), nicht annehmen. Der „Vorwärts“ bringt Papens Rücktritt in Zusammenhang mit der Tatsache, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 48 Stunden vorher diesen Rücktritt gefordert hatte. „Wir dürfen diese Tatsache ebenso als ein Aktivum unserer Politik buchen wie den Zwei-Millionen-Verlust Hitlers am 6. November.“ Es folgt dann eine Rechnung, daß Hitler, der in drei Monaten zwei Millionen Stimmen verloren habe, in fünfzehn Monaten fertig sein würde, wenn er in demselben Tempo weitermache. Welch eine naive Erörterung der politischen Entwicklung!

Dieses Hinstieren auf die Bewegung der Stimmzahlen bei den Anderen verrät eine Vernachlässigung der Machtverhältnisse und der Tatsache, daß die Situation für den Kapitalismus und das Proletariat heute auf des Messers Schneide steht.

Dem Kapitalismus steht das Messer an der Kehle; er kann sich nicht mehr helfen:

ohne entweder an seinem eigenen Körper sehr schmerzliche Operationen zu vollziehen oder durch einen grandiosen Massenbetrug, wie er zum Beispiel

in einem „nationalen“ Kriege

möglich ist, große Teile der Arbeiterschaft von neuem hinter seine besudelte und ramponierte Fahne zu bringen.

Das muß man der Arbeiterschaft klar machen, nicht nur durch Worte, sondern vor allem durch die Taten seiner Politik. Diese Tatsachen können für eine Arbeiterpartei vernünftiger Weise nur sein:

Keine Mitarbeit mehr an dem bankrotten Kapitalismus;  
alle Kraft an die Formierung der Klassenfront der Arbeiter.

So allein, nicht aber durch irgend welches Flickwerk, kann die Arbeiterschaft davor bewahrt bleiben, sich von dem verzweifelnden Kapitalismus noch weit furchtbarer Opfer notwendigen zu lassen als sie schon getragen hat.

Nach langen Vorarbeiten ruft der Klub zu einer großen deutsch-französischen Konferenz auf. „Diesmal sollen sich Deutsche und Franzosen aller Parteien, Berufe und sozialen Schichten . . . Auge in Auge begegnen. Sollen sich die wahre Meinung ungeschminkt sagen. Sollen sich kennen und verstehen lernen. Und sollen zu Hilfskräften des großen Brückenbaus werden.“

Zwei Tage lang geht alles gut; in wirtschaftlichen und kulturellen Fragen — die Gefahr des „lawinenartig zunehmenden Linksradikalismus“ spielt eine besonders große Rolle — läßt sich nach einigen Diskussionen eine Verständigung

erzielen. Am dritten Tag fliegt die Konferenz auseinander. Die Kriegsschuldfrage hat sie gesprungen. Die Arbeit des Klubs scheint vernichtet. Kühne, der geistige Vater des Klubs, ist nahe daran, die Arbeit hinzuwerfen.

Da tritt Fournier, der Franzose, vor. Als Kammerabgeordneter, später als Außenminister erhält er Einfluß auf die französische Außenpolitik. Unterstützt von der Arbeit des Klubs, der die Bearbeitung der öffentlichen Meinung wieder aufnimmt, beginnt er, mit der deutschen Regierung zu verhandeln. Noch wenige Jahre, und im Schweizer Schlosse Chillon wird der deutsch-französische Bund geschlossen.

Die wichtigsten Punkte dieses Vertrags:

1. Gegenseitige Berücksichtigung der Interessen, ständiges Schiedsgericht.
2. „Die französische und deutsche Regierung werden ein militärisches Abkommen treffen, das unter Berücksichtigung aller für die Landesverteidigung maßgebenden Faktoren... ein vollständiges und dauerndes Gleichgewicht zwischen den militärischen Mitteln Frankreichs und Deutschlands herstellt.“
3. Garantie der jetzigen gemeinsamen Grenze. Das Saargebiet wird deutsch; Elsaß-Lothringen bleibt französisch.
4. Frankreich sorgt durch Verhandlung mit den andern beteiligten Regierungen dafür, daß Deutschlands Wünsche hinsichtlich der Eupen-Malmedys, Memels, Danzigs, des Korridors, Oberschlesiens und in der Kolonialfrage in gerechter Weise Erfüllung finden.
5. Die französische Nation enthält sich „jeder Einflußnahme auf die... Beziehungen zwischen den Deutschen im Reich und in Oesterreich.“
6. Historische Prüfung der Kriegsschuldfrage durch einen neutralen Sachverständigen-Ausschuß. „Wie auch immer das Untersuchungsergebnis dieses Ausschusses ausfallen mag, erklären sich wechselseitig die französische und deutsche Nation, Vergangenes ruhen“ lassen zu wollen.
7. Zollgemeinschaft, Produktionsregelung, Preisabmachungen u. s. w.

#### Nationalismus und Friedensbereitschaft.

Daß die Propaganda, die ein solches Buch nach dem Willen seiner geistigen Väter treiben soll, zum Sozialismus in Todesfahndung steht, ist nach dem Vorangehenden klar. Trotzdem bleibt die Frage, ob nicht die Aufforderung zur deutsch-französischen Verständigung, die hier vertreten wird, dazu dienen kann, der Vorbereitung neuer nationaler Kriege einen Riegel vorzuschieben.

Vom Standpunkt des historischen Materialismus aus wird es allerdings töricht und utopisch erscheinen, von dem Verständigungswillen, den Vertreter des Kapitalismus propagieren, für den Kampf der unterdrückten Klasse irgend etwas zu erhoffen.

Diese Anschauung wird aber schon einer Persönlichkeit wie der Briande nicht gerecht. Briande war kein Sozialist; er blieb mit seinen Verhandlungen und Aktionen im Rahmen der bürgerlichen, kapitalistischen Regierungen. Und doch waren seine Bemühungen belebt von dem Glauben, daß Menschen fähig sind, sich zu verständigen, und von der Bereitschaft, diesen Weg zu beschreiten, um das Chaos der Kriegs- und der Nachkriegszeit zu überwinden. Dieser Glaube und diese Bereitschaft haben ihn zwar nicht mit der

Kraft und der Klarheit beherrscht, die zur Sicherung des Friedens erforderlich war. Daran ist sein Werk gescheitert. Aber dieser Mangel ändert nichts daran, daß in seiner Arbeit die Idee des Friedens wirksam geworden ist, für die auch wir, gerade als Sozialisten, eintreten.

Wozu hier diese Erwägungen? Sie sollen uns den Blick schärfen für die Frage, ob die von dem Propagandachef der Reichsregierung vertretene Parole des deutsch-französischen Interessenausgleichs auch etwas von dieser Idee des Friedens enthält und daher die der Arbeiterschaft drohende Kriegsgefahr herabzumindern hilft.

Seinen Worten nach tritt der Romanheld Kühne für ein gegenseitiges Kennenlernen der beiden Völker und für eine offene, auf gegenseitiger Achtung beruhende Aussprache über die beiderseitigen Interessen ein.

Aber es bleibt bei bloßen Worten. Für denjenigen, der in dem Buch von Moyzischewitz nach einem ehrlichen Verständigungswillen sucht, ist es von vornherein verdächtig, daß in der ganzen Schilderung der Nachkriegszeit der Name Briande und der Bericht über seine Bemühungen völlig fehlt.

Der eigentliche Sinn der Moyzischewitzschen Propaganda wird klar, wenn man das Zustandekommen und den Inhalt des Vertrags von Chillon ins Auge faßt. Er ist nicht aus einer Abwägung der von beiden Seiten angemeldeten Interessen entstanden, sondern durch den politischen Vorstoß eines Franzosen, der sich die Forderungen der Deutschen zu eigen macht. (Damit das Verdienst für das Gelingen der Einigung trotz dieses Ausgangs nicht allein, oder auch nur zum größten Teil Frankreich zufällt, spielt dieser Franzose bis zu dem entscheidenden Punkt nur die zweite Rolle im Roman, Kühne, der Deutsche, leitet die Aktion ein und führt sie zunächst.)

Inhaltlich bedeutet der Vertrag den endgültigen Sieg der deutschen Forderungen — das einzige Zugeständnis von deutscher Seite ist der Verzicht auf die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens. Die berechtigten französischen Ansprüche einer internationalen Sicherung des Friedens und einer Verhinderung der deutschen Wiederaufrüstung werden überhaupt nicht ernsthaft diskutiert; bei der Friedensfeier in Chillon sind sie sang- und klanglos unter den Tisch gefallen.

Und wieder das Gleiche in der Rede Papens vor der ausländischen Presse: Die französische Forderung der Sicherheit findet keine Beachtung — was der französischen Presse nicht entgangen ist.

Der Verlag Stalling hat — offenbar aus Furcht vor der Begriffsstutzigkeit seines „nationalen Leserkreises“ — es für gut befunden, die Maske der Verständigungsbereitschaft ein wenig von diesem Pochen auf deutsche nationalistische Ansprüche zu lüften: Er gibt den Roman von Moyzischewitz heraus als ein „an Frankreich gerichtetes Mahnwort“.

Schleichers Wehreden mit ihrer Ankündigung des „Umbaus“ der Reichswehr verzielen im allgemeinen auf den Anstrich der „Verständigungspolitik“. Die von Moyzischewitz propagierte und von Pape in den beliebten Auslandsinterviews ausprobierte Politik ist ihrem Inhalt nach mit der des Reichswehrministers identisch. Nur einen Propagandamantel erhält sie hier, der die Kriegsgefahr der deutschen Wehrpolitik verbergen soll und diese Gefahr dadurch in Wahrheit ins Ungewisse steigert.

trolle der zivilen Luftschiffahrt; sie wünscht ferner, daß Deutschland sich keine Militärflugzeuge anschafft.

#### Politik der Furcht.

Im Aufbau unterscheidet sich der Plan sehr stark von dem Herriots. Aber beiden liegt zugrunde: die Furcht vor Deutschlands Wiederaufrüstung. Beide rechnen damit, daß Deutschland von sich aus aufrüstet, wenn man es nicht an den Genfer Verhandlungstisch zurückbringt. Aber beide wollen auch selber nicht abrüsten. Daher diese verlogene Politik, in der man dem andern mit Worten entgegenkommt, in der Sache aber alles beim alten läßt. Gewiß, wir wollen gar nicht, daß Simon dem deutschen Militarismus in seiner eingebildeten „Gleichberechtigung“ Zugeständnisse macht, wir wollen keine Aufrüstung Deutschlands, sondern Aufrüstung aller Mächte, einschließlich Deutschlands. Aber die Aufrüstung Deutschlands wird nicht vermieden durch eine Politik der Furcht und der Heuchelei. Wir wenden uns dagegen, daß Herriot und Simon nicht als Vertreter des Friedens auftreten, sondern als Vertreter von Junkern, Generälen und Rüstungsindustriellen.

#### Das Echo der Simon-Rede.

Die Aufnahme der Genfer Rede des britischen Außenministers in den Berliner Abendzeitungen war außerordentlich kühl. Obwohl Teile des englischen Planes begrüßt wurden, war der Gesamteindruck, daß vom Standpunkt der deutschen Gleichberechtigung mit dem englischen Plan nicht viel anzufangen sei. Dagegen wird in einer offiziellen Erklärung festgestellt, die Rede Simons habe gezeigt, daß die englische Regierung das Abrüstungsproblem im Sinne der Gleichberechtigung behandeln wolle. Jedoch würde dieser Plan allein Deutschland nicht wieder an den Genfer Verhandlungstisch bringen, solange Frankreich mit dem Plan nicht einverstanden sei.

Die Pariser Abendzeitungen haben zum Teil den Plan nicht ablehnend besprochen, da sie hoffen, daß England die Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland gelingt. Die Pariser Morgenzeitungen vermissen an dem englischen Plan Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, die in England vernachlässigt würden, weil man dort auf einer Insel lebe und nicht unmittelbar so bedroht sei, wie die Festlandsmächte. Der Plan wird von den regierungsfreundlichen Blättern abgelehnt.

In den Londoner Zeitungen wird der englische Plan durchweg sehr freundlich begrüßt. Die meisten Bätter rechnen damit, daß Deutschland nun wieder zur Abrüstungskonferenz zurückkehren würde.

#### Japan gegen den französischen Plan.

An amtlicher Stelle in Tokio wird der französische Rüstungsplan als undiskutabel für Japan bezeichnet. Das gelte am meisten für Frankreichs Marinevorschlüge, die bei der gespannten Lage im Fernen Osten für Japan unannehmbar seien. Japan werde hierfür selber Vorschläge ausarbeiten.

#### Genfer Tagesordnung.

Auf der am nächsten Montag beginnenden Tagung des Völkerbundes wird die deutsche Annäherungsbewertung gegen Polen wegen der Landaufteilung, der Konflikt zwischen Paraguay und Bolivien, die Grenzregelung zwischen Syrien und dem Irak und die Frage der neuen Zloty-Verordnung der polnischen Regierung für die Danziger Eisenbahnen zur Sprache kommen. Neben dieser umfang- und inhaltsreichen Tagesordnung, zu der noch einige weitere, weniger wichtige Punkte gehören, wird in Genf über

#### das mandchurische Problem

verhandelt werden. Um diesem jedoch nicht gleich zu scharf auf den Leib zu rücken, wird auf der November-Tagung nur der Teil des Lytton-Berichts behandelt werden, der eine Uebersicht über die geschichtliche, wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung des Landes gibt. Hierzu wird die japanische Regierung dem Völkerbund eine 90 Seiten lange Denkschrift unterbreiten. Der zweite Teil des Berichts, der von der Lösung des Problems handelt, wird vielleicht erst nach Weihnachten verhandelt werden. In diesem Falle wäre vorläufig gar nicht an die Beilegung der mandchurischen Frage zu denken. Diese Verzögerungspolitik machen die Großmächte, die sich nicht gern gegen Raubzüge legen, und zudem auch Japan nicht vor den Kopf stoßen möchten.

Die technischen Voraussetzungen für eine rasche Beilegung des Konflikts sind also noch wesentlich verbessert.

#### Niederlage der Danziger Regierung Ziehm.

Im Hauptausschuß des Danziger Volkstages haben am Donnerstag Nazis, Sozialdemokraten und Kommunisten die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes beschlossen, das der Regierung Ziehm die Berechtigung gab, Gesetze zu erlassen, ohne sie dem Danziger Volkstag vorzulegen. Da die drei Parteien im Plenum des Volkstages 39 von 72 Sitzen haben, ist mit der Aufhebung des Gesetzes zu rechnen.

Diese Beschränkung der Regierungsfreiheit ist ein Schritt in dem Feldzug, den die Nazis gegen die deutschnationale Danziger Regierung unternommen haben. Das Gesetz könnte am 28. Juni nur dann zustande kommen, weil die Nazis die Regierung damals noch stützten.

#### Neue chinesische Anklage.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat von dem chinesischen Gesandten Yen ein Schreiben erhalten, indem dieser — gestützt auf ein Telegramm des chinesischen Generals Su Ping Wen — gegen die japanische Division Matsugi Klage erhebt. Das Telegramm berichtet über Gewaltakte, Brandstiftungen, Morde und Verbrechen aller Art, die durch diese Division begangen worden seien. Matsugi hätte während der Kämpfe um Schanghai durch Bombenflugzeuge Städte zerstören lassen, die nicht in der Kampfzone lagen. Yen bittet den Generalsekretär des Völkerbundes, allen Mitgliedern der Außerordentlichen Völkerbundsversammlung von seinem Schreiben Mitteilung zu machen.

#### Neuer japanischer Feldzug.

Die japanischen und mandchurischen Truppen haben einen neuen und verschärften Feldzug gegen die chinesischen Freischärler in der Mandchurei begonnen. An dem Feldzug sind etwa 85 000 Mann beteiligt.

## Großzügig in Worten, verlogen in der Sache.

H. M. Für Herriots Plan ist die französische regierungstreue Presse, die polnischen Zeitungen, einige englische liberale und Labour-Zeitungen und der amerikanische Staatssekretär Stimson.

Die Reihe der Gegner ist bei weitem die größere: Sie beginnt bei Tardieu, der sich dagegen verwahrt, daß der neue französische Plan mit dem vom vorigen Februar auf eine Stufe gestellt wird: Damals sei weder von einer Revision der Verträge, noch von Abschaffung der militärischen Ungleichheit zwischen Frankreich und Deutschland die Rede gewesen. Diese Stellungnahme Tardieus ist offenbar als Herriots: dieser will auch keine Rüstungsgleichheit, sagt er aber nicht. Im „Populaire“ schreibt Blum, daß man bezweifeln müsse, daß der Plan überhaupt zur Abrüstung führe.

#### Gleichberechtigung wichtiger als der Friede.

Die Kritik der Regierung Pape an dem französischen Plan ist trotz des Rücktritts der Regierung wohl nicht als hinfällig zu betrachten, da die für die deutsche Militärpolitik Verantwortlichen von der Kabinettskrise nicht wesentlich betroffen sind. Die offiziöse deutsche Stellungnahme erklärt, der Plan komme als Grundlage für eine Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz nicht in Frage, weil der Plan die Schaffung eines neuen Militärsystems von der Annahme eines politischen Systems (gemeint sind die zur Sicherung des Friedens vorgeschlagenen Maßnahmen) abhängig mache. Mit anderen Worten also: „Gleichberechtigung“, ohne Rücksicht darauf, ob Krieg oder Frieden die Folge sein werden! Die deutsche Erklärung lehnt ferner außer der Umorganisation des Heeres ziemlich alle Bestimmungen des Planes ab, da sie nur der Stabilisierung der französischen Hegemonie dient und die Frage der Gleichberechtigung offen ließen. Eine so scharf ablehnende Haltung seitens Deutschlands, auch der Presse, ist nicht erwartet worden. Viele dachten, der Plan brächte Deutschland nach Genf zurück. Da hieran nicht mehr zu denken ist, legen es die „Times“ dem englischen Außenminister besonders ans Herz, kühn und großzügig in Genf aufzutreten; und die Sitzung, in der die Simons Rede gehalten wurde, ist mit einem dringenden Appell fast aller beteiligten Staaten und mit der offiziellen Einladung des Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz geschlossen worden, der Deutschland zur Rückkehr auffordert.

#### England greift ein.

Der englischen Regierung kommt die „Vermittlerrolle“ gewiß nicht ungelegen, nicht nur, weil sie der traditionellen englischen Politik entspricht; es gilt vor allem, zu verhindern, daß der französische Plan durchgeführt wird, der zwar an England keine wesentlichen Forderungen stellt, der aber die französische Hegemonie auf dem europäischen Kontinent sichert!

#### Das will England verhindern.

Aus diesem Grunde kommt die englische Regierung jetzt mit einem neuen Plan heraus, um der deutschen Entrüstung entgegenzutreten zu können mit der beruhigenden Erklärung: „Wartet nur, wir haben etwas Besseres!“

Eine Bestimmung des französischen Planes lautet, der Angreifer solle künftig durch einfache Mehrheit beim Völkerbund bestimmt werden. Da die Gefahr groß ist, daß Frankreich und seine Freunde diese Mehrheit haben und daß diese nicht Englands Interessen entspricht, ist England dagegen; auch Italien mißtraut ihr und schließt sich dem englischen Plan an.

#### Der englische Plan.

Simon sagte im Büro der Abrüstungsfrage, er suche die Lösung der Gleichberechtigungsfrage zu finden. Die Ansicht seiner Regierung darüber sei:

1. Der Versailler Vertrag ist für die Unterzeichner bindend. Der französische Plan sieht die Abänderung des Teils 5 vor und wendet damit den Grundsatz der Gleichberechtigung an.

2. Die Präambel zum Versailler Vertrag ist so zu verstehen, daß die Entwaffnung Deutschlands nur den Auftakt einer allgemeinen Abrüstung bilden sollte.

3. Die von den einzelnen Staaten bereits durchgeführten Abrüstungsmaßnahmen dürfen nicht unterschätzt werden (!).

4. Deutschland ist gleichberechtigtes Mitglied im Völkerbund geworden. Wenn Zweifel gehegt werden über die Bestimmungen des künftigen Abrüstungsabkommens, so nicht deshalb, weil Deutschland im Zustand der Unterlegenheit gehalten werden soll. Das wesentliche Ziel der Abrüstung sei, einen dauerhaften und festen Frieden zu sichern.

Folgende vier Punkte sollen zur Lösung des Gleichberechtigungsproblems führen:

1. Eine neue feierliche Erklärung, die einen ähnlichen Inhalt und Zweck hätte wie der Kellogg-Pakt.

2. u. 3. Die Deutschland auferlegten Rüstungsbeschränkungen sollen in dem gleichen Abkommen enthalten sein und die gleiche Laufdauer haben wie die Begrenzung der Rüstungen der anderen Mächte.

4. Deutschland wünscht nicht aufzurüsten, sondern daß die anderen Mächte den Grundsatz anerkennen, daß die ihnen erlaubten Waffen auch Deutschland nicht vorenthalten bleiben. Hierbei handelt es sich um Art, nicht um Zahl von Waffen.

Das Ziel der Abrüstungskonferenz ist, ein Höchstmaß von positiver Abrüstung zu erreichen und nicht im Namen der Gleichberechtigung ein Anwachsen der Rüstungen zuzulassen.

Die uneingeschränkte Anwendung des Grundsatzes der Gleichberechtigung kann keineswegs sofort entschieden werden.

Das Endergebnis kann nur durch Etappen erreicht werden.

Die dringendste Aufgabe der Abrüstungskonferenz ist, sofort ein Programm für die erste Etappe aufzustellen. Auf dem Gebiet der politischen Schwierigkeiten werden einige Jahre gutnachbarlicher Beziehungen wirksam den Weg für die zweite Etappe vorbereiten.

Simon zählte dann die einzelnen Waffenkategorien auf, die Deutschland neu anschaffen dürfte, und der Rüstungsarten, deren Abschaffung auch für die anderen Mächte vorgeschlagen wird. Die englische Regierung wünscht die Abschaffung von Bombenflugzeugen und die internationale Kon-



**Parteilpolitische Sturheit  
Ursache für Bankrott.**

Der Konsumverein Gotha in Thüringen ist vor einiger Zeit zusammengebrochen. Der Verein bestand seit 59 Jahren und hatte bis zum 50. Jahre seines Bestehens eine glänzende Entwicklung genommen. Erst in den vergangenen neun bis zehn Jahren, also nach der Inflation, begann der Abstieg. Der Gothaer Konsumverein hätte sich aber auch nach der Inflation halten können, denn der Umsatz betrug 1924 2 150 000 Mark, 1925/26 2 837 000 Mark, 1928/29 3 779 000 Mark und 1931/32 1 692 000 Mark. Zuletzt wurde nur noch ein Jahresumsatz von 800 000 Mark erzielt.

Aber nicht etwa die Wirtschaftskrise oder etwas ähnliches war an dem plötzlichen katastrophalen Niedergang des einst blühenden Unternehmens schuld, sondern die parteipolitische Kurzsichtigkeit einiger kommunistischer Vorstandsmitglieder. Wir erfahren zu dieser traurigen Angelegenheit, die auch ein Kapitel aus der Geschichte der Uneinigkeit und Zerplitterung der Arbeiterbewegung darstellt, von unserem Erfurter Berichterstatter die folgenden Einzelheiten. Wenn dieser Bericht dazu beiträgt, den einen oder anderen Genossen aller beteiligten Parteien nachdenklicher zu machen und bereiter zu vernünftiger, einheitlicher Zusammenarbeit mit den Genossen der anderen Arbeiterpartei, dann ist vielleicht auch der Konkurs des Gothaer Konsumvereins nicht ganz ohne gute Wirkungen geblieben!

E. H. Aus Gesprächen mit wohlunterrichteten Genossen sowohl der KP als auch der SP ergibt sich der Eindruck, daß

die Ursache des Konkurses zum großen Teil der parteipolitischen Kampf zwischen SP, KPO und KP war.

Die Phasen dieser parteipolitischen Kämpfe waren folgende: Die Kommunisten hatten die Mehrheit und richteten sich in ihrer Geschäftsführung nach den Vorschriften ihrer Partei. Sie benutzten den Konsumverein für Parteipropaganda und versuchten den

Konsumverein zu einem Instrument im Klassenkampf der Arbeiterschaft

zu machen, zum Beispiel, um bei Streiks die wirtschaftliche Unterstützung des Vereins zu haben (wogegen eigentlich an sich auch ein SP-Arbeiter nichts haben sollte). Ein großer Teil der Mitglieder, die mit dem Kurs der Kommunisten nicht einverstanden war, kaufte nicht mehr. Die Schulden des Konsumvereins bei der GEG (Großeinkaufsgenossenschaft) stiegen. Die GEG verlangte zur Sicherstellung und vor weiterer Belieferung auf Kredit Aenderung der Geschäftsführung und maßgebenden Einfluß im Vorstand. Der GEG gelang diese Einflußnahme auch dadurch, daß einige der kommunistischen Geschäftsführer zur KPO hinübergewechselt waren, und die SP und KPO zusammen nunmehr eine Mehrheit im Vorstand bildeten. Jetzt veranlaßte die KP ihre Arbeiter in den Käuferstreik zu treten, der eine weitere rapide Abnahme des Umsatze zur Folge hatte, und

**BESTELLSCHHEIN**

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....

Straße und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inseletr 8a.

**BRUNO GLUCHOWSKI**  
**KOHLEN-KULIS**  
REVOLTE AN DER RUHR (32)  
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 18

Die Steiger, die sonst keine körperlichen Arbeiten verrichten, müssen zu Schippe, Hacke und Bohrhammer greifen, um den Durchbruch nach Zeche Morgenstern vorzunehmen. Die ungewohnte Arbeit treibt ihnen den Schweiß in Strömen aus dem Leib; ihre ganze Wut richtet sich gegen Steiger Küpper, der diesen Plan ausgeheckt hat und über seine Durchführung mit den Oberbeamten wacht. Alles, was irgendwie beamtet ist, hat man zu diesen Arbeiten herangezogen, und die Herren Beamten spüren hier wieder einmal nach langer Zeit an eigenen Leibe, wie Grubenarbeit schmeckt.

Nach außen hin heucheln sie größte Arbeitsfreude, denn ein Wort des Mißfallens zu äußern wagt keiner. Man kann keinem Kollegen trauen, und wenn man noch so befreundet mit ihm ist. Für die Gunst der Beamtenaristokratie wird der eigene Freund und Kollege verraten. Während unter Tage die technischen Beamten schuften und schwitzen, um den Streik abzuwürgen, sind über Tage die Vertrauensleute der Zecheverwaltung eifrig bemüht, recht viele Kumpels für die morgige Arbeitsaufnahme zu gewinnen. Gegen fünf Uhr morgens ist der Durchbruch vollzogen, die Beamten von Zeche Rhenania reichen sich mit den Beamten von Zeche Morgenstern die Hand. Die arbeitswilligen Kumpels schleichen unterdessen auf Umwegen zu der eine halbe Stunde von der Kolonie Rheinofen entfernten Zeche Morgenstern, die Streikposten haben an diesem Morgen sehr wenig Arbeit.

5.30 Uhr, die Sirene bläst.  
6 Uhr, die Sirene heult zum zweitenmal.  
Die Augen der Streikposten erheben sich zum Fördergerüst, die Seilscheiben stehen still. Da gehen sie befriedigt

den Konsumverein vor die Entscheidung stellte, entweder einen Vergleich anzustreben oder Konkurs anzumelden. Wegen der Herbeiführung eines Vergleichs wurden viele, stürmisch verlaufende Sitzungen aller Instanzen, Aufsichtsrats-, Vorstands-, Mitgliederversammlungen abgehalten, aber auch jetzt war der Gegensatz GEG-SP, KPO einerseits, KP andererseits nicht zu überbrücken. Die Kommunisten verlangten, daß die kleinen Sparer voll befriedigt und ausgezahlt würden, und daß den Hauptverlust die großen Lieferanten; besonders also die GEG, tragen solle. Die GEG verlangte, daß auch die Sparer mit einem allerdings geringeren

**Katholische Demokratie.**

**Unerwünschte Mandate werden wegorganisiert.**

In der katholischen Zeitschrift „Hochland“ beschäftigt sich ein Mitarbeiter mit dem heutigen Wahlrecht. Er stellt dabei fest, daß der heutige Reichstag wahrscheinlich ein ganz anderes Gesicht gehabt hätte, wenn wir statt der Verhältniswahl eine einfache Mehrheitswahl gehabt hätten. Dann wären nämlich wahrscheinlich die Nationalsozialisten in mehreren Reichstagswahlen, bei denen sie wenigstens einige Sitze durch die Verhältniswahl erobern konnten, leer ausgegangen. Vielleicht wäre ihnen dadurch die Lust vergangen, später noch in großem Maße Kandidaten aufzustellen. Auch die Kommunisten verdanken der Verhältniswahl eine stärkere Entwicklung, als sie sonst gehabt hätten. Bis zu den Wahlen von 1928 einschließlich hätten demnach bei Mehrheitswahl immer klare republikanische Mehrheitsverhältnisse bestanden. Diese Tatsache genügt offenbar dem Verfasser, die Verhältniswahl abzulehnen, obwohl sie den Minderheiten eher gerecht wird und damit den demokratischen Anforderungen eher entsprechen würde.

Wir sehen also auch hier:  
„Demokratie absolut, wenn sie unseren Willen tut.“

**Religion und Profit.**

**Gottlose Streichholzschachteln.**

Die Versuche englischer Imperialisten, den englisch-russischen Handel zugrunde zu richten, wurden kürzlich mit einer neu erfundenen Waffe betrieben: Gerüchte wurden in England in Umlauf gesetzt, daß russische Streichhölzer in Küsten mit anti-religiösen Bildern nach England exportiert würden — „Bildern der Art, wie sie sonst nur auf den in Rußland selber gebrauchten Streichholzschachteln üblich sind“. Daß auf den in Rußland selber gebrauchten Streichholzschachteln gar keine Bilder, sondern nur die Namen der Fabriken zu sehen sind, hat auf die Verfechter der anti-russischen Propaganda ebensowenig Eindruck gemacht wie die Tatsache, daß in dem Musterbuch der Etiketten, die auf die für den Export bestimmten Streichholzschachteln aufgeklebt werden, kein für Christen anstößiges Bild zu finden ist. Für sie handelt es sich eben nicht darum, festzustellen, ob die im Umlauf gesetzten Gerüchte auf Wahrheit beruhen, sondern um die Schaffung von Vorwänden für ein Verbot russischer Einfuhr — das für die gottgläubigen Kanadier gleichzeitig den Vorteil hätte, ihre Holzexporte nach England zu steigern. Die alte Leier: „Sie sagen Christentum und meinen Kattun!“

**Katholische Wahlpropaganda.**

Der Bischof von Lüttich hat von den Kanzeln von Eupen, Malmedy und St. Vith verkünden lassen, daß Katholiken nur für die Liste der Katholischen Union stimmen dürften, nicht aber für die der (deutschen) Christlichen Volkspartei.

Der „Niobe“-Kommandant Ruhfus ist zum Navigationsoffizier des Kreuzers „Königsberg“ ernannt worden, während dessen bisheriger Navigationsoffizier die Stelle des Kapitänleutnants Rubfus („zur Verfügung des Chefs der Marinestation der Ostsee“) erhalten hat. Ist also doch etwas Wahres an der Behauptung, daß Ruhfus für Segelschiffe unzureichend ausgebildet gewesen sei?

Prozentsatz den Verlust mit tragen sollten, und daß außerdem die Sparguthaben nicht sofort aberufen werden dürften, sondern bis zu bestimmten Zeitpunkten unkündbar blieben. Da eine Einigung über diese Punkte nicht erzielt wurde, war der Konkurs unvermeidlich. Der Kommunist, mit welchem ich über diese Vorgänge sprach, meinte ziemlich zynisch: Die GEG wäre am besten gefahren, wenn sie die Bedingungen der Kommunisten angenommen hätte. Sie wäre die durch den Konkurs am meisten Geschädigte. Sie verliert einen erheblichen Teil ihrer Forderung, und die Konsumgenossenschaften verlieren als Stütze der SP an Ansehen.

Ueber Bekämpfung der Auto- und Fahrraddiebstähle und manches andere (wohl auch manches, was zwar interessant, aber in der amtlichen Verlautbarung nicht erwähnt ist) haben sich dieser Tage im Berliner Polizeipräsidium die Leiter der preußischen Kriminalpolizeien unter dem Vorsitz des Ministerialdirigenten Graeser vom preußischen Innenministerium beraten.

Die an Gerhart Hauptmann verliehene Goldene Staatsmedaille für Verdienste um die Kunst ist bisher erst einmal verliehen worden, und zwar an den Berliner Maler Max Liebermann.

Max von Schillings, neuer Präsident der Akademie der Künste. Der Reichskommissar Kähler setzte am Donnerstags Max von Schillings in sein neues Amt ein.

**Typhus in Düren und in Thüringen.**

In Düren im Rheinland sind mehrere Fälle von Typhus festgestellt worden, von denen einige tödlich verliefen. Ihren Anfang nahm die Erkrankungswelle in der Dürener Heil- und Pflegeanstalt. — Auch aus Pöbnock in Thüringen werden zehn Typhusfälle gemeldet.

**Die öffentlichen Versammlungen des ISK.**

**Göttingen:** Montag, 21. November, 20.15 Uhr, im Volkshaus, Kleiner Saal. Thema: Klassenjustiz und Sondergerichte. Redner: Gen. Erich Lewinski-Kassel.

Freie Aussprache! Eintritt freil!

**Wirtschaftspolitische Aussprache.**

**Berlin:** Montag, den 21. November, 20 Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35 (Nähe Alexanderplatz).

Thema: Die Schädigung von Arbeitern und Bauern durch die gegenwärtige deutsche Handelspolitik. Leiter der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pfennig. Für Erwerbslose frei.

**Hannover**

**Große öffentliche Versammlung**

Dienstag, 22. November, 20 Uhr, im Burghaus. (Hochzeitssaal, Eingang Burgstraße.)

**Klassenjustiz und Sondergerichte**

Redner: Genosse Rechtsanwalt Erich Lewinski (Kassel).

**Freie Aussprache!**

Eintritt: 20 Pfennige. Für Erwerbslose: 10 Pfennige.

Deutsche Friedensgesellschaft, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Internationale Hilfsvereinigung, Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund (ISK).

nach Hause, legen sich noch einmal aufs Ohr und setzen den unterbrochenen Schlaf fort. Die Streikbewegung macht sich. Kein Schwanz ist angefahren auf Zeche Rhenania.

Bei der Seilfahrt auf Zeche Morgenstern haben sich die dort einheimischen Kumpels schon gewundert über die vielen fremden Gesichter, die auf dem Nebenschacht, der sonst nicht zur Seilfahrt benutzt wurde, anfahren. Noch mehr aber wunderten sie sich, als sich diese fremden Kumpels geschlossen zum Abmarsch am Schacht formierten und unter Führung eines fremden Steigers nach Norden zu bewegten. Was wollten die denn im Norden; das früher dort befindliche Revier 7 war doch schon längst stillgelegt, weil die Kohle abgebaut war.

Robert Zielinski hält in seiner Wohnung eine Besprechung des Streikkomitees ab. Gegen 7.30 Uhr morgens kommt ein Kumpel mit allen Anzeichen des Schreckens zu ihm hereingestürzt: „Robert, schnell zur Zeche.“

„Was ist denn los?“

„Die Seilscheiben gehen rund, die Kohlenförderung ist im Gange.“

„Unsinn, Wilm, die Beamten sollen wohl eingefahren sein zum Pumpen.“

„Nein, man hört den Krach der Förderung, Kohlenwagen werden am Schacht abgezogen. Verschiedene Kumpels haben es beobachtet. Die ganze Bedienungsmannschaft vom Schacht ist am Arbeiten.“

Die Anwesenden springen auf, reden durcheinander. „Wie ist das möglich?“ sagt Zielinski. „Die Streikposten haben doch berichtet, daß kein Mann angefahren ist heute morgen.“

„Weiß der Teufel, wie das möglich ist. Jedenfalls sind sie am Fördern.“

Sie brechen auf zum Schacht, vor dem sie eine erregte Menschenmenge empfängt. Alle schauen zum Fördergerüst empor, viele Hände weisen dorthin.

„Da, Robert, die Förderung ist im Gange.“

Zielinski schaut eine Weile schweigend nach der Hängebank; über die vollbeladene Kohlenwagen rollen. Dann schwingt er sich auf einen Mauervorsprung, gebietet mit einer Handbewegung Ruhe. Wie die Gläubigen zu einem Propheten,

so schauen die Kumpels, unter denen viele Frauen sind, zu ihm empor.

„Kameraden!“ schreit Zielinski. „Laßt euch nicht beirren durch diesen Vorfall. Irgendein Trick oder eine Teufelei steckt dahinter. Es ist einigen Leuten gelungen“, trotz der Streikposten auf die Zeche zu gelangen. Wie, das werden wir bald herausgefunden haben. Vielleicht schieben sie die Kohlenwagen, die noch vor dem Schacht standen von der letzten Schicht her und die sie zutage gefördert haben, auf der Brücke nur hin und her, um in uns den Glauben zu erwecken, daß Kumpels in der Grube am Arbeiten sind und uns so mühe zu machen. Kameraden! Wollt ihr heute, am zweiten Tage des Streikes, schon die Flinte ins Korn werfen? Steht für uns nicht alles auf dem Spiel? Wenn wir diesen Streik verlieren, sind wir auf Jahre hinaus verloren. Deswegen noch einmal, laßt euch in eurem Streikwillen nicht wankend machen durch Vorgänge, die sich auf eine ganz harmlose Art und Weise erklären lassen. Laßt nicht Verwirrung und Uneinigkeit in eure Reihen hineintragen, dann werden wir unseren Kampf auch siegreich beenden, zum Wohl der Bergarbeiterschaft, zum Wohl der gesamten Arbeiterklasse!“

Beifallsrufe erschallen, neuer Mut und Hoffnung kehren ein in die Herzen der schon Verzagenden. Um aber ganz sicher zu gehen, beschließt man, mittags um 12 Uhr wieder vor der Zeche zu sein, um etwaige Arbeitswillige von der Zeche fernzuhalten zum Beginn der Mittagschicht, und die Streikbrecher von der Morgenschicht gebührend zu empfangen.

Die Kumpels vor dem Zechentor warten vergebens. Wohl drehen sich die Seilscheiben, wohl werden Kohlenwagen die Brücke entlang geschoben und in Eisenbahnwaggons entleert, aber kein Streikbrecher ist zu sehen. Auch nachmittags dasselbe Spiel. Die Seilscheiben drehen sich ununterbrochen, Kohlen werden gefördert. Wachsende Unsicherheit und Verwirrung schleicht sich in die Reihen der Streikenden ein. Wie ein Wunderwerk schauen sie das Fördergerüst an, auf dem sich unentwegt die Räder drehen.

(Fortsetzung folgt.)

# Vom Klassenkampf in den Betrieben.

Teilerfolg der Belegschaft der Kahlaer Porzellanfabrik! Am Montag wurde die Arbeit wieder aufgenommen. An Stelle der vorgesehene Lohnkürzung von 11,6 Prozent wurde der Lohn „nur“ um 4 Prozent herabgesetzt. Maßregelungen finden nicht statt; sämtliche Arbeiter wurden wieder eingestellt.

**Streik bei der Porzellanfabrik Seltmann in Weiden.** Die Arbeiter hatten zur Abwehr des Notverordnungs-Lohnraubs zum 15. November gekündigt und gingen am 16. nicht mehr in den Betrieb. Die Belegschaft umfaßt 450 Personen.

**Streikbeschuß der Essener DMV-Mitglieder.** Die Bezirksversammlung Essen-Stadtmitte des DMV beschloß einstimmig: „Die Versammlung stellt fest, daß der Lohnabbau von 1 Pfennig im Dezember und um 2 Pfennig im Januar die Lage der Krupp-Arbeiter weiter ungoheuer verschlechtert.

Die Versammlung beschließt, der Krupp-Belegschaft zu helfen, sie zu unterstützen gegen jeden Pfennig Lohnabbau, auf jede Verschlechterung der Lebenslage mit Streik zu antworten.“

Dieser Streikbeschuß ist wichtig für die Unterstützung eines etwaigen Kampfes in den Nordwestbetrieben des Ruhrgebiets, in denen die Unternehmer jetzt zur Offensive übergingen.

**Abbruch des Streiks bei Zeiß-Ikon.** Die Streikleitung bei den Berliner Zeiß-Ikonwerken hat nach vierwöchigem Kampfe

den Streik abgebrochen. Leider scheinen die Anstrengungen der Streikenden ohne Erfolg geblieben zu sein. Wie wir hören, hat die Direktion die Einführung der 40-Stunden-Woche und die Entlassung von 130 Arbeitern durchgesetzt.

**Auch bei Gummi-Müller Streikabbruch.** Eine Abstimmung bei den Arbeitern der Gummi-Fabrik Müller in Berlin ergab etwas über die Hälfte der Stimmen für Beendigung des Streiks. 12 Kollegen wurden gemäßregelt; über den Lohnabbau sollen die „tariflichen Instanzen“ entscheiden.

**Tarifverhandlungen in der Hochseefischerei.** Am Donnerstag fand in Bremerhaven eine Verhandlung zwischen dem Verband deutscher Kapitane und Steuerleute und dem Verband der deutschen Hochseefischerei statt, in der die Tarifabänderungsvorschläge der Reeder behandelt wurden. Der Verband der deutschen Hochseefischerei hat den Heuertarif zum 30. November gekündigt und einen Lohnabbau auf Grund der Notverordnung vorgenommen. Der Verband der Kapitane und Steuerleute dagegen fordert Rückgängigmachung des fünfzehnprozentigen Notverordnungs-Lohnabbaus; da die Reichsregierung inzwischen die Hochseefischerei als Saisongewerbe anerkannt hat, können auf sie die Bestimmungen der Notverordnung keine Anwendung finden. Die Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt und sollen nun vor den gesetzlichen Schiedsinstanzen weitergeführt werden.

# Der Gewerkschaftskongreß in Kanada.

**Sie brauchen keinen Moses.**

(IGB) Ueber die organisatorische Lage des Kanadischen Gewerkschaftsbundes sagt der Bericht des Kassierers, daß, obwohl Mitglieder nicht mitgezählt werden, die wegen Arbeitslosigkeit u. s. w. ihre Beiträge nicht zahlen können, die Gesamtmitgliederzahl auch heute noch um 19 000 höher ist als im Jahre 1926, d. h. in einer Zeit guter Konjunktur. Die Mitgliederzahl stellt sich auf 122 129 (gegen 141 137 im Vorjahre). Zählt man die obengenannten nicht zahlenden Mitglieder hinzu, so ergibt sich eine Gesamtzahl von ungefähr 160 000.

Die Gesamteinnahmen beliefen sich im vergangenen Berichtsjahr auf 39 260 Dollar, die Ausgaben auf 23 128 Dollar. Vom Saldo (16 131) sind 11 000 in kanadischen Staatspapieren angelegt.

Der Kongreß forderte, daß noch in der gegenwärtigen Parlamentsperiode Gesetze für die allgemeine Arbeitslosenversicherung mit Beitragspflicht des Staates, der Unternehmer und der Arbeiter eingeführt werden. Desgleichen stimmte der Kongreß gegen einen Vorschlag auf Erhebung einer speziellen Steuer auf Arbeit ersparende Maschinen zur Beschaffung von Mitteln für die Arbeitslosen.

**Arbeitszeit:** Der Kongreß erneuerte seine Forderung zu Gunsten der Einführung des 6-Stunden-Tages und der 5-Tage-Woche bei allen öffentlichen Arbeiten. Darüber hinaus sollen bei den Verhandlungen mit den Unternehmern alle angeschlossenen Organisationen für dieses Ziel kämpfen, wobei gleichzeitig eine entsprechende Erhöhung der Löhne verlangt werden muß.

**Banken- und Kreditwesen:** Der Kongreß sprach sich zu Gunsten des Prinzips der staatlichen Kontrolle des Bankenwesens aus.

**Wanderung:** Die Wanderungsgesetze sollen streng eingehalten werden, so daß Personen der Eintritt in das Land unmöglich gemacht wird, die auf Grund von Kontrakten zur Verrichtung von Arbeiten in Kanada einwandern wollen, die von kanadischen Staatsbürgern geleistet werden können.

**Versammlungs- und Redefreiheit:** Der Kongreß verlangte die Streichung eines Absatzes der Kriminalgesetzgebung, der die Rede- und Versammlungsfreiheit in unangemessener Weise einschränkt. Hingegen lehnte er eine Resolution ab, in der die Freilassung aller politischen Gefangenen verlangt wird.

**Mindestlöhne:** In allen Provinzen, in denen es noch keine Mindestlohnämter gibt, sollen solche Institutionen eingeführt werden.

Sowohl in bezug auf den Verlauf des Kongresses als auch die zum Schluß aufgestellten Forderungen kann zusammenfassend bestätigt werden, was der Vorsitzende Tom Moore schon in seiner Begrüßungsansprache sagte:

„Wir sehen uns nicht nach einem Moses um, der uns führen soll, sondern sind selber bereit, in der Verfolgung unserer Ziele das volle Maß von Verantwortung auf uns zu nehmen!“

## Hungermärsche in Amerika.

Von Chicago aus hat am Montag ein Hungermarsch nach Washington begonnen. Die daran beteiligten Erwerbslosen wollen vom Kongreß eine einmalige Winterhilfe in Höhe von 50 Dollar (210 Mark) für jeden Erwerbslosen fordern. Weitere Züge, die alle unter kommunistischer Leitung stehen, werden sich in San Francisco und anderen Städten bilden.

## Aufruf zur Solidaritätshilfe!

Seit über zwei Wochen stehen mehr als 400 Arbeiter der Firma Bernhard Kass in Berlin (SS-Kettenläden) im Streik. Nur ein geringer Prozentsatz der Streikenden ist organisiert und erhält Streikunterstützung der betreffenden Gewerkschaften.

Eine Delegation der zentralen Streikleitung, in der Freigewerkschafter, RGO-Mitglieder wie Unorganisierte vertreten sind, bat uns, zur

**Unterstützung durch Geld, Lebensmittel und ähnliches** aufzurufen.

Wir kommen dieser Bitte gern nach. Spenden sind zu richten an:

Streiklokal: August Baumert, Berlin C 2, Rosenstraße 6.

Als erste Aktion von unserer Seite haben wir uns für die Dauer des Streiks bereit erklärt, jeden Mittag fünf Kollegen durch die Gemeinschaftsküche des „Funken“ zu verpflegen.

**HB.** Seit dem 14. November streiken in Hannover die Glasreiniger gegen einen Lohnabbau von 8 Pf. die Stunde. Dieser Abzug sollte vorgenommen werden, obgleich ein Tarifvertrag mit dem Gesamtverband besteht und Verhandlungen über einen Lohnabbau mit dem Verband noch nicht stattgefunden hatten. Dieser Streik betrifft nur die Betriebe der Freien Glasreiniger-Innung, welche nur einen Teil des Glasreinigergewerbes umfaßt. In Frage kommen 10 Institute mit 36 Kollegen. Alle 36 sind gewerkschaftlich organisiert.

## Verschärfte Strafbestimmungen in der Sowjet-Union.

Die Regierung der Sowjet-Union hat durch einen Erlass verfügt, daß Arbeiter, die ohne hinreichende Entschuldigung einen Tag von der Arbeit fernbleiben, entlassen werden können, während dies bisher erst nach dreitägiger Arbeitsversäumnis geschah. Auch die sonstigen Strafen, die gegen säumige Arbeiter verhängt werden, sind verschärft worden.

**Unterschlagungen in Höhe von etwa 7 Millionen Rubel** sind bei der russischen Post aufgedeckt worden, die alle in der ersten Hälfte dieses Jahres vorgenommen worden sind.

## Frauen-Nacharbeit allgemein verboten.

Der ständige Internationale Gerichtshof im Haag gab am 15. November auf Ersuchen des Internationalen Arbeitsamts in Genf ein Gutachten ab über die Auslegung des Abkommens von 1919 betreffend der Nacharbeit von Frauen. Mit 6 gegen 5 Stimmen wurde erklärt, daß das Abkommen nicht nur auf die Frauen in Fabrikbetrieben, sondern auf alle weiblichen Arbeitskräfte Anwendung finden müsse. Die fünf Gegenstimmen wurden von Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien und Polen abgegeben.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Jantszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

**Feinbesohl-Anstalt**  
und Schuhfärberei  
**HANS SACHS**  
Berlin SW / Dresdener Straße 111  
garantiert für erstklassige Arbeit

**Das Haus der guten Schuhe H. Ebel**  
Berlin N 65, Maxstr. 27  
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98  
Telefon: D 6 Wedding 2358  
Bei Vorzug d. Inserates 5% Rabatt!

**Getrocknete Bananen**  
sind nahrhaft u. billig, als Brotbelag und zum Obst für jung und alt zu verwenden.  
Postpäckchen 4 Pfund brutto nur 3 Mark, frei Haus, n. a. Orten.  
Voranzahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 17924 erbeten.  
**Frischkost-Reformhaus**  
Magdeburg, O.v. Guerickestr. 104

**Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords**  
günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei  
**Kurt Levy, Berlin O 112**  
Scharnweberstr. 16/17.

**Maßarbeit erstklassig und billig**  
Herren-Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen  
**Alfred Arensberg**  
Berlin-Reinickendorf-Ost  
Hinter der Dorf-Aue 14

**C. Lotze**  
Göttingen  
Johannisstr. 2

**Bürobedarfsartikel**  
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen  
**A. H. Timmermann**  
Hamburg, Barcastraße 8.  
Telephon: 25 53 42.

Freunde und Leser des „Funken“!  
**Unterstützt Eure Zeitung!**  
Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!



**POLITISCH WIRD DER MENSCH GESCHEITER DURCH BÜCHER MIT DEM FACKELREITER**  
Lassen Sie sich bald einmal den reichillustrierten Katalog kostenlos schicken vom  
**FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15**

**Butter Käse, Eier Landbrot**

Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung  
**J. Fürchtenicht**  
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:  
**Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen**  
**G. Funke**  
Elektrotechniker  
GÖTTINGEN / Judenstraße 8, III.

**Sprechapparate**  
Koffer + Schatullen + Schränke  
**Schallplatten**  
für Konzert u. Unterhaltung in allen Preislagen  
Verlangen Sie Angebote!  
**OTTO PFOTENHAUER**  
Wolmar, Röhrstraße 40

**Warum werfen Sie Ihr Geld weg**  
für minderwertige Konfektionskleidung? Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach Ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.  
**Rudolf Schönheit**  
Herren- und Damen-Maßschneiderei  
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

**ISK**  
7. Jahrgang  
November 1932

GRETE HERMANN:  
**Gegen den Rüstungswahnsinn!**  
(Gleichberechtigung u. „Sicherheit“).  
N. BLOCK:  
**Verhalten von Sozialisten vor Polizei und Gerichten.**

**BERLIN**  
**KAMERA**  
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987  
Ab 18. November: Uraufführung  
**Dassan, die Insel der 5 Millionen Pinguine**  
Beiprogramm: **Charlie Chaplin.**  
Fox tönende Wochenschau  
Jugendliche haben Zutritt!  
Anfangszeit: 18 17. 19 und 21 Uhr.

**Ist der Zins die Ursache für die kapitalistische Ausbeutung? Läßt sich die Wirtschaftskrise durch Geldreform beseitigen?**  
Wer sich über diese Fragen Klarheit verschaffen will, der lese:  
**Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?**  
Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.  
**Von Helene Beyer.**  
52 Seiten. Gehet 0,40 M.  
Aus den Presse-Urteilen:  
„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwundgeldtheoretiker ihre fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“, Nr. 27, 2. Juli 1932.  
„Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Unterbrechung der Lehre von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volksstimme“, Nr. 136, vom 13. Juni 1932.  
„Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Goldwährung geben dem Leser fernerhin das Rüstzeug in die Hand, auch andere Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Versuche, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum gehört die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Geld-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschaftspolitisch Interessierten.“ „Prager Presse“, Nr. 163 vom 17. Juni 1932.  
**Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.**  
Postscheckkonto Berlin 313 42.



## „Soldaten sind Mörder.“

Wegen dieses Satzes in einem „Weltbühne“-Artikel vom 4. August 1931 hatte das Reichswehrministerium gegen Carl von Ossietzky

Strafantrag gestellt. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte Ossietzky freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, über die am Donnerstag der zweite Strafsenat beim Kammergericht entschied. Die Revision wurde verworfen. Aus der Begründung:

Das Schöffengericht Charlottenburg habe bedenkenfrei festgestellt, daß es sich in dem Artikel zweifellos um eine schwere Ehrenkränkung handelte; eine derartige Ehrenkränkung könne aber nur dann bestraft werden, wenn aus den Äußerungen erkennbar hervorgehe, daß Einzelpersonen, oder nur diese oder jene Einzelperson damit gemeint sei. Hier handle es sich aber, wie das Schöffengericht Charlottenburg festgestellt habe, um eine weitgehende Allgemeinheit, die in ihrer Ehre gekränkt worden sei. Das könne aber nach der Rechtsprechung nicht bestraft werden.

## „Wehrsport“ als politisches Argument.

Der „Reichsbanner“-Führer Höltermann hielt auf einer Mitgliederversammlung des Kreises Bremen eine Rede, in der er unter anderem auch folgendes ausführte: Im Stahlhelm müsse man ein Stück politischer Macht erkennen, er solle die Kerntuppe der kommenden monarchistischen Restaurationsbewegung sein. Schon jetzt aber sei zu sagen, Monarchie sei nicht möglich ohne gewaltsame Auseinandersetzung mit der deutschen Arbeiterschaft. — Zu den Verfassungsplänen der Reichsregierung übergehend, sagte Höltermann, hunderttausend gut ausgebildete, disziplinierte Reichsbannerleute seien ein Stück Verfassung, und jede im Wehrsport durchgebildete Hundertschaft sei ein sehr eindrucksvolles politisches Argument.

## Feuerwehrlaute über den „Luftschutz“

Auf einer Vertreterversammlung der Fachgruppe Deutscher Berufsfirewehrlaute im „Gesamtverband“ wurde Stellung zum „Luftschutz“ genommen. Die Feuerwehrlaute, die mit Gasschutz und verwandten Gebieten theoretisch und praktisch dauernd zu tun haben, begrüßten die Stellungnahme des ADGB, mit allen Kräften gegen Rüstungswahnsinn und Kriegshetze anzukämpfen und für eine Befriedung der Welt durch völlige Abrüstung aller Staaten zu wirken. Die Feuerwehrlaute sind der Meinung, daß ein wirksamer Schutz der Zivilbevölkerung gegen einen feindlichen Luftangriff nicht geschaffen werden kann!

Auch wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß es sich bei den „Luftschutzübungen“ lediglich um nationale Verhetzung und um Geschäftemacherei handelt. Auf keinen Fall sollten Arbeiterorganisationen sich daran beteiligen, — was leider bisher gelegentlich geschehen ist.

Auf der Tagung wurde noch festgestellt, daß die Besoldung der Feuerwehrlaute durch Not- und Sparverordnungen bisher um rund ein Viertel gekürzt worden ist und daß die bisher wegen der mit diesem Dienste für die Allgemeinheit verbundenen besonderen Gefahren übliche anderthalbfache Wertung der Feuerwehrdienstzeit aufgehoben wurde.

## Am Donnerstag fand eine Sitzung des Klipper-Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtages statt, in der über die Finanzierung der Görres-Haus-AG, der Verlagsanstalt der katholischen „Kölnischen Volkszeitung“, durch die Preußenkasse weiter verhandelt werden sollte. Die Sitzung flog jedoch bald wegen Beschlunfähigkeit auf. Der Angeklagte Klipper hatte nämlich am Regierungstisch Platz genommen, worüber in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt wurde. Als eine Einigung nicht erzielt werden konnte, verließen erst die Nazis, dann die Deutschnationalen den Saal, zwei Kommunisten fehlten überhaupt. Die nächste Sitzung findet nun erst am 25. Januar 1933 statt. Die Wahl ist ja vorbei und daher den „Trockenlegern des Korruptionsumpfes“ ihre Arbeit plötzlich nicht mehr so wichtig. Bis zur nächsten Wahl. . .

Am Donnerstag fand eine Sitzung des Klipper-Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtages statt, in der über die Finanzierung der Görres-Haus-AG, der Verlagsanstalt der katholischen „Kölnischen Volkszeitung“, durch die Preußenkasse weiter verhandelt werden sollte. Die Sitzung flog jedoch bald wegen Beschlunfähigkeit auf. Der Angeklagte Klipper hatte nämlich am Regierungstisch Platz genommen, worüber in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt wurde. Als eine Einigung nicht erzielt werden konnte, verließen erst die Nazis, dann die Deutschnationalen den Saal, zwei Kommunisten fehlten überhaupt. Die nächste Sitzung findet nun erst am 25. Januar 1933 statt. Die Wahl ist ja vorbei und daher den „Trockenlegern des Korruptionsumpfes“ ihre Arbeit plötzlich nicht mehr so wichtig. Bis zur nächsten Wahl. . .

# Staatlich geschützter Faschismus.

## Wer war der Nazi auf der Bozener Siegesfeier?

An den faschistischen Feiern vor dem Bozener Steg. Der im ehemaligen Tiroler Gebiet hat auch ein offizieller Vertreter der NSDAP teilgenommen. In der italienischen Zeitung „Popolo d'Italia“ wurde ein Bild dieser faschistischen Verbrüderung gebracht, das dann auch in verschiedenen deutschen Zeitungen wiedergegeben wurde. Inzwischen ist es gelungen, festzustellen, wer der würdige Nazi-Vertreter war. Es handelt sich um niemand anders als den vor einigen Wochen wegen Herstellung von Sprengbomben zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilten Standardenführer der preussischen SA und SS: Theodor Eicke. Eicke wurde wenige Tage nach (!) dem Urteil wegen „Haftunfähigkeit“ entlassen und konnte so ins Ausland fliehen! Wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, sollen jetzt die Nachforschungen nach dem flüchtigen Eicke von der Staatsanwaltschaft erneut aufgenommen und ein Auslieferungsverfahren eingeleitet werden.

## Zufall oder . . . ? Auch in andere Sprengstoffprozesse verwickelte Nazis dürfen fliehen!

In dem in Altona zur Zeit noch laufenden Prozeß wegen der Sprengstoffanschläge in Schleswig-Holstein in der Nacht nach der Reichstagswahl im Juli wurden vom Staatsanwalt gegen den Angeklagten Plahn sechs Jahre sechs Monate Zuchthaus, gegen die Angeklagten Blaubach und Kobarg je fünf Jahre Zuchthaus beantragt. Diese Angeklagten sind jetzt geflohen, da es das Gericht Nationalsozialisten gegenüber in viel gelibtem Leichtsinne unterlassen hat, die Angeklagten Blaubach und Kobarg überhaupt in Untersuchungshaft zu behalten, und da der Angeklagte Plahn so schlecht bewacht wurde.

## Aufmarsch der „Eisernen Front“ von Polizei verhindert.

Obwohl Aufmärsche zu Geländebungen gestattet und lediglich politische Kundgebungen verboten sind, löste das Ueberfallkommando einen Zug der „Eisernen Front“ der Städte Wilhelmshaven und Rüstingen auf, der am Bußtag mit Trommeln und Trompeten durch Wilhelmshaven zog. Die

## Werkstätiger Pazifismus?

J. P.H. Zu einer Arbeitstagung für werktätigen Pazifismus hatte der deutsche Zweig der Internationale der Kriegsdienstgegner für den 16. November nach Berlin eingeladen. Diese Tagung sollte zeigen, daß es nicht genügt, den Kriegsdienst zu verweigern, sondern daß gleichzeitig Dienstbereitschaft in einem neuen Geist erforderlich sei. Dies sei auch das einzige Mittel, die Jugend wiederzugewinnen, die sich gerade in Deutschland mehr und mehr vom Friedensgedanken lossagt.

So standen im Mittelpunkt dieser Tagung die Berichte über Versuche mit internationalem Hilfsdienst, wie sie vor allem von dem Schweizer Pazifisten Geresole seit Jahren unternommen worden sind. Es handelt sich um Arbeitsdienstlager, die getragen sind von internationalem Geist, und die durchgeführt werden mit international zusammengesetzten Gruppen als Nothilfearbeit.

In der Diskussion wurde zunächst vor allem die nahe liegende Frage der Beteiligung von Pazifisten am staatlichen freiwilligen Arbeitsdienst in Deutschland behandelt. Die Meinungen waren hier geteilt. Illusionen tauchten sogar auf, als ob es möglich wäre, daß die deutsche Regierung sich an der Unterstützung internationaler Lager beteiligen würde. Sie riefen berechtigten heftigen Widerspruch hervor. Gegenüber dem Optimismus Geresoles wurde die skeptische Frage laut, ob gerade in Deutschland selbst die besten internationa-

## „Freiwilliger Arbeitsdienst“ im Nazistaat.

Die sozialdemokratische Fraktion des anhaltischen Landtags hat am Freitag eine ausführliche Beschwerde an den Reichsarbeitsminister geschickt wegen des parteipolitischen Mißbrauchs des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ durch die anhaltischen Nazis. Bekanntlich besteht in Anhalt eine nationalsozialistische Regierungsmehrheit. Das nationalsozialistische Staatsministerium bestimmt ohne jede Fühlungnahme mit dem Arbeitsamt die Zulassung zum Arbeitsdienst. Auch das Kontroll- und Aufsichtsrecht des Arbeitsamtes wurde praktisch aufgehoben. Als Führer des Dessauer Lagers wurde ein ehemaliger Offizier, der Major außer Dienst Lancelles, direkt aus dem Braunen Tollhaus in München bezogen. Die beiden Lager in Dessau und Bernburg sind reine SA-Lager, die auf Staatskosten unterhalten werden. Die Teilnehmer ziehen uniformiert und in geschlossenen Kolonnen durch die Straßen und singen nationalsozialistische und antisemitische Mordlieder! Besonders provozierend ist das Treiben dieser Horden vor Arbeiter- und Gewerkschaftslokale. Die Arbeitsdienst-Freiwilligen begrüßen sich meist mit „Heil-Hitler“-Rufen; außerdem werden sie zu nationalsozialistischen Parteiveranstaltungen und zur planmäßigen Störung sozialdemokratischer Versammlungen abkommandiert. Die Vortragsredner für die Teilnehmer am „freiwilligen Arbeitsdienst“ werden vorwiegend von der NSDAP gestellt! Es handelt sich also offensichtlich um einen Verstoß gegen Artikel 2, Absatz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 16. Juli 1932, der bestimmt, daß der Freiwillige Arbeitsdienst „nicht für politische oder staatsfeindliche Zwecke mißbraucht werden“ darf.

Auf eine Anfrage im anhaltischen Landtag bestritt der Vertreter der nationalsozialistischen Regierung glattweg alles, was in Dessau und Bernburg die Spatzen von den Dächern pfeifen; ein nationalsozialistischer Fraktionsredner dagegen erklärte zynisch, daß in Arbeitsdienstlagern, deren Träger das nationalsozialistische „Kampfbündnis“ „Staatsministerium“ sei, „selbstverständlich nationalsozialistischer Geist herrschen müsse“!

Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers und dessen Maßnahmen gegen den Verstoß gegen Artikel 2, 2, sind von allergrößter Wichtigkeit gerade auch für das weitere Verhalten sozialistischer Organisationen zum Freiwilligen Arbeitsdienst.

## Hitlers Vorliebe für Begleiter mit Nilpferdpeitschen

Ist jetzt gerichtsnotorisch. Am 17. Juli fuhren drei Autos des Hitler-Gefolges durch Forth bei Erlangen. Dabei wurde eine Gruppe „Reichsbanner“-Leute aus dem dritten Auto heraus mit Peitschen bearbeitet. In Pegnitz wurden dann die

## Breslauer Universität bis Sonnabend geschlossen.

Trotz angeblich umfassender Sicherheitsvorkehrungen ist es nicht gelungen, die Vorlesung des Professors Cohn in Breslau ungestört zu Ende zu führen. Es fanden wieder die unwürdigsten und wüstesten Schimpfereien statt; sogar ein Handgemenge entstand, in dessen Verlauf ein sozialistischer Student so schwer verletzt wurde, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Rektor ließ die Universität und den Universitätsplatz polizeilich räumen und verfügte die Schließung des Radauinstituts. — Der Dekan der juristischen Fakultät in Breslau, Professor Waldecker, hat auf Angriffe eines Breslauer Blattes hin den preussischen Kultusminister um Schutz ersucht. Er legte sein Amt vorläufig nieder.

## Das Klassengesicht in einem einzigen Urteil. Eine empörende Justizschande.

Am 10. Juli, einem der blutigsten nationalsozialistischen Terror-Sonntage des vergangenen Sommers (Tag von Ohlau!) wurden Eiserner-Front-Trupps, die auf Fahr- und Motorrädern von einer Sternfahrer heimkehrten, in Alfeld von SA überfallen. Vor Gericht wurde erwiesen, daß ganze Stürme SA gegen die Sternfahrer mobilisiert und auf Lastwagen, die Backsteine als Wurfgeschosse geladen hatten; den Sternfahrern entgegengeschickt worden waren. Die Ueberfallenen wehrten sich mit Latten und Steinen. Vor einigen Tagen wurde wegen dieses Ueberfalls von der Großen Strafkammer Hildesheim folgendes Urteil gefällt:

Gegen 11 Nazis insgesamt 51 Monate Gefängnis (Höchststrafe 8 1/2 Monate Gefängnis);

gegen 14 Eiserner-Front-Leute insgesamt 18 Monate Zuchthaus und 116 Monate Gefängnis (Höchststrafe 18 Monate Zuchthaus).

Notwehr kennt das Hildesheimer Gericht offenbar nicht, wenn es sich um Sozialisten handelt.

len Lager eine wirksame Waffe gegen den Militarismus sein können. Alle diese Fragen sollten nach Schluß der Tagung im Kreise der besonders daran Interessierten geklärt werden; die Tagung selber brachte keinerlei Ergebnisse: vor allem auch deswegen nicht, weil von Seiten der deutschen Pazifisten keine durchdachten Vorschläge vorgebracht wurden.

Es war traurig zu sehen, wie diese Aussprache nur dazu diente, das Werk eines zweifellos tatkräftigen Mannes, wie Geresole zu zerreden. Woran lag das? Offenbar daran, daß die Leitung und auch ein Teil der Teilnehmer an dieser Tagung in Illusionen über die zu einer Abwehr von Kriegen notwendigen Kräfte befangen sind. Sonst wäre es unverständlich, daß diese Kreise ihre Sache isoliert von der Arbeiterbewegung durchführen wollen. So waren zum Beispiel nicht einmal Vertreter der freien Gewerkschaften zur Diskussion eingeladen, obwohl diese gerade an der Frage des Arbeitsdienstes sehr interessiert sind. So übersehen diese Pazifisten trotz bester Absichten, daß die Lagererlebnisse einiger Tausender nur dann etwas ausrichten werden gegen den Krieg, wenn sie dazu dienen, die Stoßkraft der Arbeiterklasse zu stärken — die unterstützt werden kann und soll durch Kriegsgegner aus bürgerlichem Lager. Ohne daß die Arbeiterschaft ihre Macht einsetzt, kann kein Krieg verhindert werden. Ihre Abwehrkraft gegen den Krieg wird heute durch den Nationalismus zermürbt, der in ihr von rechts bis links in verheerendem Umfang vorhanden ist. Es ist die dringendste Aufgabe eines „werktätigen Pazifismus“, hier für Klärung und Reinigung zu sorgen. Das setzt allerdings voraus, daß man sich beteiligt an den Kämpfen der Arbeiterschaft.

Autos angehalten und durchsucht. Ergebnis aus dem dritten Wagen: mehrere Peitschen, mehrere Totschläger; ein Armeerevolver war den Banditen in Forth „verlorengegangen“.

Dieser Fall wurde am Dienstag vor dem Erlanger Schnellgericht verhandelt. Urteil: für Dürr wegen schwerer Körperverletzung aus politischen Gründen und gemeinschaftlicher Waffenführung 10 Monate Gefängnis, für Bastian, Körper und Schädle wegen gemeinschaftlicher Waffenführung je vier Monate Gefängnis. Sämtliche Angeklagten sind aus München.

Am 26. Oktober berichteten wir, daß in Magdeburg aus Hitlers Auto heraus ebenfalls mit Peitschen auf „Reichsbanner“-Leute geschlagen worden war, sodaß drei verletzt wurden. Als Täter vermutet man Hitler selber.

Wir warten auf das Urteil! Wahrscheinlich werden ihn allerdings seine Kumpano decken.

## Nazi-„Seelsorger“ als Sprengkolonnenführer.

In Naensen, unweit Kreiens in Braunschweig, versuchten uniformierte Nazis unter Führung des evangelischen Pfarrers Beye aus Wenzeln, eine geschlossene Stahlhelmfestung zu sprengen. Der Nazi-Pfarrer hat schon früher wiederholt seine Parteifreunde zu Ungesetzlichkeiten und Gewalttaten aufgefordert.

„Sie lassen auf verzweifelte Arbeiter schießen!“ Unter dieser Ueberschrift hatte der „Völkische Beobachter“ einen Bericht über die Erschießung des SA-Mannes Reppich während des Berliner Verkehrsstreiks gebracht. Bracht hat hierüber im „Völkischen Beobachter“ eine Auflegenachricht drucken lassen.

## Neue Verhaftung in der Affäre der Attentäter vom „Reichsbahnschutz“.

In Magdeburg wurde ein Reichsbahnoberinspektor verhaftet, dem Amtsunterschlagung, Urkundenfälschung und Teilnahme an den von dem Magdeburger Reichsbahninspektor Nord angezettelten Anschlägen auf Eisenbahnzüge und Signalanlagen der Reichsbahn in Braunschweig vorgeworfen wird.

## Verhaftung dreier Kommunisten in Remscheid.

Die Polizei nahm drei Kommunisten fest, die angeblich an den im Frühjahr anlässlich der Aussparungen im Alexanderwerk in Remscheid verübten Sprengstoffanschlägen beteiligt waren. Bei Hausdurchsuchungen wurden bei den Festgenommenen Sprengstoffe und eine geladene Pistole gefunden.

## Wo Tauben sind, da fliegen Tauben zu. Reichsbaudarlehen für Eigenheime.

Zur Förderung des Eigenheimbaus werden in den Rechnungsjahren 1933 und 1934 20 Millionen Mark bereitgestellt, aus denen kleine Hypotheken für Eigenheime gegeben werden sollen. Berücksichtigt werden nur Bewerber, die ein Eigenkapital in Höhe von mindestens 30 Prozent des Bau- und Bodenwertes aufzuweisen haben. Für die Förderung kommen nur kleine Eigenheime in Betracht. Die Baukosten der Häuser sollen in der Regel zwischen 4000 bis 6000 Mark liegen. Im Interesse der Arbeitsbeschaffung ist es aber auch zulässig, daß Hypotheken gegeben werden bei Bauobjekten im Werte bis zu 10 000 und — falls eine zweite Wohnung eingebaut ist — bis zu 12 000 Mark. Die Reichsbaudarlehen dürfen im allgemeinen 1500 Mark nicht übersteigen; in besonderen Fällen können sie bis zu 2000 Mark betragen; wenn eine zweite Wohnung eingebaut ist, können sie bis zu 3000 Mark erhöht werden. In keinem Falle jedoch darf das Reichsbaudarlehen 25 Prozent des Bau- und Bodenwertes überschreiten. Nur Kinderreiche genießen eine besondere Vergünstigung, indem ihnen ein Zusatzdarlehen bis zum Betrage von 500 Mark außerhalb dieser Grenze gewährt werden darf. Die Durchführung der ganzen Aktion ist den Ländern übertragen. Anträge der Bauwilligen sind also an die obersten Landesbehörden zu richten.

## Protest gegen das Verbot der Koch'schen Körperkulturschule.

Der Bund entschiedener Schulreformer faßte eine Protest-Resolution, der wir die folgenden Sätze entnehmen:

„Die Körperkulturschule von Adolf Koch hat . . . für die Entwicklung eines gesunden und im Dienst der Befreiung des Körpers stehenden Lebensgefühls der breiten Massen unseres Volkes eine

unbestreitbare und sichtlich fördernde Bedeutung, die nur Unkenntnis und Engstirnigkeit zu leugnen vermögen.“

Die Volkshygiene und Volksgesundheit sind durch sie . . . ganz wesentlich gebessert worden, da Millionen von Menschen heute infolge der Propaganda dieser Bewegung ihre Erholung am Wasser und in freier Luft suchen. . . Es muß Empörung hervorrufen, wenn sich ein solches Verbot auf vergrauten, hunderte Jahre zurückliegende, aus ganz andern Kultursituationen heraus geschaffene staatsministerielle Instruktionen stützt. . . Es muß befremdlich und aufreizend erscheinen, daß inmitten aller der Massenverelendung der Reichskommissar für Preußen sich bei seinen kulturpolitischen Aktionen erschöpfen zu müssen glaubt in Zwickel- und Badehosenlässen.“

# Die Bodenvorratspolitik Hamburgs.

## Ungewollte und unerwünschte Wirkungen.

Fast alle deutschen Gemeinden haben in der Nachkriegszeit Grund und Boden auf Vorrat gekauft. Nach den Angaben in den Jahrbüchern deutscher Städte haben etwa 70 Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern in den Jahren 1925—1930 rund 55 Millionen Quadratmeter unbebauten Grund und Boden erworben und dafür mehr als 191 Millionen Mark ausgegeben. Diese Zahlen geben nur einen gewissen Anhaltspunkt für den Umfang der kommunalen Grundstückskäufe. Allein von den Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern haben über 20 nicht von ihren Grundstückskäufen berichtet. Berlin zum Beispiel hat nach den Angaben des Stadtbaurats Wagner mehr als 300 Millionen Mark in Grundstückskäufe gesteckt. Berichtet hat es darüber nicht. Hinzu kommt noch, daß in den Jahrbüchern deutscher Städte nur solche Grundstückskäufe angeführt worden sind, die ausdrücklich als Käufe unbebauter Grundstücke bezeichnet waren. Grundstückskäufe, die nicht so bezeichnet waren, sind nicht mit aufgenommen worden, selbst wenn die Städte sie gemeldet hatten. Auch die Käufe landwirtschaftlich genutzter Grundstücke sind nicht aufgenommen worden. Also schon die Grundstückskäufe der Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern sind wesentlich höher, als die soeben genannten Zahlen angeben.

Im allgemeinen wurden und werden Grundstücksgeschäfte der Gemeinden in nichtöffentlichen Sitzungen verhandelt. Die „Verschwiegenheit“, die sich darin äußert, zeigt sich auch in den sehr dürftigen Veröffentlichungen über die Grundstücksgeschäfte. Ausführlichere Zahlenangaben sind mir nur für Hamburg zugänglich geworden. Sie lassen erkennen, wie wichtig eine genaue Kenntnis der Grundstücksgeschäfte einer Stadt für die Arbeiterschaft ist.

Hamburg hat — nach den Statistischen Jahrbüchern für Hamburg — in den Jahren 1925 bis 1930 folgende Grundstücksgeschäfte gemacht:

Jahr	Ankäufe		Verkäufe	
	Fläche in Quadratmetern	Preis in Mark	Fläche in Quadratmetern	Preis in Mark
1925	18 984 607	12 605 100	374 434	2 150 800
1926	1 728 883	9 213 500	229 450	2 991 900
1927	3 406 482	17 283 900	273 644	5 934 700
1928	1 433 102	12 588 600	210 335	2 964 700
1929	2 370 755	16 023 600	533 305	13 103 300
1930	2 308 136	12 776 200	463 756	15 866 800
Zus.	30 231 965	80 490 900	2 084 924	43 012 200

Von den 80 Millionen Mark, die für Grundstückskäufe ausgegeben worden sind, wurden rund 19 Millionen Mark für öffentliche Zwecke, insbesondere zum Erwerb von Grün- und Sportplätzen benutzt. Der verbleibende Rest entfällt auf die Vorratskäufe.

Zu welchem Zweck hat der Staat Hamburg Bodenvorratswirtschaft getrieben?

Er wollte

1. den Bodenpreis beeinflussen und
2. dem Staatsvermögen große Werte sichern.

### Bodenpreise stiegen um 450 Prozent.

Wie sich die Bodenpreise in Hamburg seit 1925 verhalten haben, geht aus der nachstehenden Tabelle hervor:

#### Durchschnittspreis für 1 Quadratmeter Grund und Boden.

Jahr	Bebaute Grundstücke im gesamten Staatsgebiet		Unbebaute Grundstücke im Stadtgebiet	
	Mark	in Prozenten des Preises von 1924	Mark	in Prozenten des Preises von 1924
1924	7,95	100	1,62	100
1925	9,81	123	0,92	57
1926	13,94	175	3,37	208
1927	15,22	192	4,66	288
1928	34,40	434	4,20	259
1929	13,90	195	7,95	491
1930	16,40	252	8,90	550

Wenn es die Absicht des Staates gewesen sein sollte, die Bodenpreise auch nur stabil zu halten, so hat er dies Ziel nicht erreicht. Die Preise sind erheblich nach oben geklettert. Am deutlichsten zeigt das die letzte Spalte der Tabelle: die Bodenpreise für unbebaute Grundstücke im Stadtgebiet sind ohne Unterbrechung von Jahr zu Jahr gestiegen. Diese starke Preissteigerung liegt zum guten Teil an den Grundstückskäufen des Staates selber. Er ist in außerordentlich großem Umfang als Käufer von Grundstücken aufgetreten. Seine Käufe gehen in den einzelnen Jahren bis zu 70 Prozent der gesamten Grundstücksumsätze im Hamburger Staatsgebiet. An den Umsätzen der unbebauten Grundstücke ist er in manchen Jahren sogar bis zu 80 Prozent mit eigenen Käufen beteiligt. Wenn ein so leistungsfähiger Käufer wie der Hamburger Staat in so großem Umfang Grundstücke kauft, so müssen die Preise steigen. Regierung und Parlament einer Handelsstadt sollten das eigentlich wissen.

### Die erhofften Werte bildeten sich nicht.

Wie steht es nun mit dem zweiten Ziel, das der Hamburger Staat durch seine Bodenvorratswirtschaft erreichen wollte? Hat er durch seine Vorratskäufe dem Staatsvermögen große Werte gesichert? Betrachtet man noch einmal die erste Tabelle, so sieht man, daß während der Jahre 1925—1930 rund 28 Millionen Quadratmeter Grund und Boden mehr gekauft als verkauft sind, und daß in dieser Zeit rund 37 Millionen Mark mehr ausgegeben als eingenommen worden sind. Aus dieser Bilanz würde sich ein — wenn auch nur buchmäßiger — Gewinn errechnen lassen, wenn die 28 Millionen Quadratmeter Ueberschuß an Grund und Boden wertvoller sind als jene 37 Millionen Mark, um die die Ausgaben größer sind als die Einnahmen. Schon das ist heute sehr zweifelhaft. Zwar sind amtliche Zahlen noch nicht heraus. Aber ein Blick in den Anzeigenteil der Zeitungen zeigt, wie groß heute das Angebot an Grund und Boden ist und wie niedrig die Preise sind. Hinzu kommt nun noch, daß die in der ersten Tabelle angegebenen Einnahmen zum Teil aus dem Erlös von Grundstückstücken stammen, die vor 1924 zur Sanierung der Altstadt gekauft worden sind. Setzt man den Erlös aus dem Verkauf dieser Grundstücke von den Einnahmen aus den Jahren 1925 bis 1930 ab, so wird die Differenz zwischen den Ausgaben und den Einnahmen für Grundstücke noch größer und auch ein nur buchmäßiger Gewinn sehr fraglich. Der Ständige Staatshaushaltsausschuß der Bürgerschaft — des Hamburger Parlaments — ist denn auch der Meinung, daß die Gewinne sich erst in späteren Jahren einstellen werden, und das nur dann, wenn die Bebauung der Stadt fortschreitet. Diese Ansicht wird vertreten in der im Auftrage dieses Ausschusses von Mette und Pödeyn herausgegebenen Schrift: „Das politische Gesicht Hamburgs.“

Wie steht es mit diesem Vertrösten auf die Zukunft? Ist anzunehmen, daß sich die Werte, die sich bis heute nicht eingestellt haben, in späteren Jahren einstellen werden? Dieser Wechsel auf die Zukunft gründete sich auf der Beobachtung, daß überall in den Städten eine rege Bautätigkeit herrschte, daß dadurch bislang landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Boden zu Bauland wurde und daß der Preis dieses Grund und Bodens stark anstieg. An diese durchaus richtigen Beobachtungen knüpfen die Hoffnungen an: wenn die Bebauung des Stadtgebietes fortschreitet, so werden sich auch — wie bisher — die höheren Werte bilden; und da die Grundstücke jetzt dem Staat gehören, so wird die Wertsteigerung dann nicht mehr in die Taschen der Grundstücksspekulanten fließen, sondern in die Kassen des Staates.

Zur Zeit ist die Hoffnung, daß die Bebauung fortschreitet, sicher nicht berechtigt. Die Bautätigkeit liegt überall still, auch in Hamburg. Damit fällt aber die Voraussetzung dafür, daß durch die Bodenvorratswirtschaft dem Staatsvermögen große Werte gesichert sind.

Die staatlichen Hamburger Grundstückspolitiker werden nun allerdings sagen, daß die Bautätigkeit heute nur infolge der Krise still liege. Wenn die Krise überwunden sei, dann werde auch die Bautätigkeit wieder aufleben, und dann würden sich jene Werte bilden. Dieser Einwand übersieht aber, daß in Zukunft die Voraussetzung für eine Wiederaufnahme der Bautätigkeit nicht gegeben sein wird. In den Städten ist gebaut worden, weil ihre Bevölkerung stark zugenommen hatte. Die Notwendigkeit, für die an Zahl zunehmenden Menschen eine Unterkunft zu schaffen, war der Grund für das Bauen. In Hamburg betrug in den letzten Jahren vor dem Krieg der jährliche Bevölkerungszuwachs im Durchschnitt etwa 25 000 Menschen. Diesen starken Bevölkerungszuwachs verdankte Hamburg in erster Linie dem Zustrom von außen. In den letzten Jahren vor dem Krieg betrug der Wanderungsgewinn jährlich rund 17 000 Menschen; 1910 und 1912 stieg er sogar auf 26 000 beziehungsweise 28 000 Personen. Durch

Geburtenüberschuß kamen jährlich nur etwas über 8000 Menschen hinzu. Beide Quellen sind heute fast versiegt. Der Geburtenüberschuß betrug in den Jahren nach 1924 nur noch rund 2000, 1931 nur noch 324 Menschen. Einen Wanderungsgewinn gab es in den beiden letztvergangenen Jahren nicht mehr; im Gegenteil: 1930 war die Zahl der Fortgezogenen um rund 1500 größer als die der Zugezogenen, 1931 sogar um mehr als 10 000. So oder so ähnlich könnte es in Zukunft bleiben. Wer leistet Gewähr für einen Umschwung? Wenn der Geburtenüberschuß auch mit dem Abebben der Krise wieder größer werden sollte, — wird er wieder so groß werden, wie er früher gewesen ist? Der Geburtenrückgang ist eine allgemeine Erscheinung. Auch der Wanderungsgewinn wird nicht wieder die alte Größe erreichen. Denn erstens werden die Städte auf lange Zeit hinaus nicht im Stande sein, den Zuwandernden Arbeit zu geben. Früher konnten sie es, heute haben sie nicht einmal für den eigenen Nachwuchs genug. Zweitens: Wenn gesiedelt wird, so bleiben die, die früher vom Lande fortgewandert sind, schon zum größten Teil auf dem Lande. Wird gar in dem Umfang gesiedelt, wie die Programme der beiden in Hamburg führenden Parteien: der SPD und der Staatspartei, vorsehen, so ist ein Bevölkerungszuwachs durch Wanderung ganz unwahrscheinlich. Dann ist aber auch kein Grund mehr gegeben, mit der Bebauung fortzuschreiten; dann werden sich auch in späteren Jahren die erhofften Werte nicht einstellen. Dann bleiben die Grundstückskäufe das, was sie heute schon sind, ein Verlustgeschäft!

Das Ergebnis dieser Grundstückspolitik wird also aller Voraussicht nach durchaus negativ sein. Der Staat hat nicht erreicht, was er erreichen wollte. Er wollte die Preise stabil halten; sie sind stark gestiegen. Er wollte große Werte dem Staatsvermögen sichern; die Grundstückskäufe waren aber ein Verlustgeschäft. Andererseits haben die Vorratskäufe aber Folgen gehabt, die er sicher nicht erwartet, ja an die er wahrscheinlich nicht einmal gedacht hat.

## Staatliche Bodenkäufe verhindern Steuersenkung . . .

Schon die Käufe selber bedeuten eine starke Belastung für die Steuerzahler. Rund 60 Millionen Mark sind für die Vorratskäufe ausgegeben worden. Hätte der Staat auf diese Käufe verzichtet, so hätte er im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1930 jährlich rund 10 Millionen Mark weniger Steuern zu erheben brauchen. Er hätte von den beiden den Gemeinden verbliebenen Steuern zum Beispiel die Grundsteuer (im Durchschnitt 12 Prozent der Friedensmiete) um diesen Betrag niedriger ansetzen können, er hätte von den bebauten Grundstücken eine um etwa 4 Prozent der Friedensmiete niedrigere Grundsteuer zu erheben brauchen. Jede Wohnung hätte um 4 Prozent der Friedensmiete billiger sein können.

Mit dem Kauf der unbebauten Grundstücke ist zugleich ein Steuerausfall verbunden, da von den staatlichen Grundstücken natürlich keine Steuern mehr eingehen. Bis Mitte 1930 betrug der Steuersatz  $\frac{1}{4}$  Prozent des gemeinen Vorkriegswertes von da ab 1 Prozent. Bis Mitte 1930 war der Steueranfall auf mehr als 100 000 Mark im Jahr gestiegen. Nach der Erhöhung betrug er insgesamt fast 600 000 Mark. Um rund eine halbe Million Mark hätten die Einnahmen des Staates jährlich größer sein können, wenn er auf die Käufe verzichtet hätte.

### . . . und erhöhen die Mieten.

Die schwerwiegendsten Folgen ergeben sich aber aus den durch die Grundstückskäufe hervorgerufenen Bodenpreissteigerungen. Bei der in Hamburg üblichen Festsetzung der Mieten ist die Höhe der Miete abhängig von der Höhe des Bodenpreises. In einer „Denkschrift über die Bodenpreispolitik der Finanzdeputation“ vom Juli 1929 wird festgestellt, daß durch Herabsetzen der Platzkosten um 1 Mark für den Quadratmeter Grundstücksfläche eine Mietsenkung erzielt würde, die im Jahre für ein Quadratmeter Wohnfläche je nach Bauweise 3,2 bis 6,1 Pfennig betragen würde. Eine solche Senkung würde etwa 0,4 bis 0,62 Prozent der Jahresmiete ausmachen. Die Finanzdeputation schließt allerdings daraus, daß „den Grundstückspreisen keineswegs eine so ausschlaggebende Bedeutung beizumessen ist, wie gelegentlich angenommen zu werden pflegt“. Es ist schwer zu entscheiden, ob die Finanzdeputation diese Behauptung aufgestellt hat, um die eigenen Sünden auf dem Grundstücksmarkt zu vertuschen, oder ob sie wirklich so dumm ist, eine Berechnungsgrundlage — denn um etwas anderes handelt es sich nicht — mit den

tatsächlichen Verhältnissen zu verwechseln. Um 0,4 bis 0,62 Prozent kann die Miete herabgesetzt werden, wenn der Preis für einen Quadratmeter Grundstücksfläche um eine Mark herabgesetzt wird. Oder um 0,4 bis 0,62 Prozent muß bei der heutigen Praxis der Mietsfestsetzung die Miete steigen, sobald der Preis für einen Quadratmeter Grundstücksfläche um eine Mark steigt. Nun ist aber, wie aus unserer zweiten Tabelle hervorgeht, der Preis für unbebauten Grund und Boden im Stadtgebiet von 5,36 Mark im Jahre 1924 auf 26,75 Mark im Jahre 1930 gestiegen. Die Steigerung beträgt also rund 20 Mark! Daraus ergibt sich eine tatsächliche Mietsteigerung um 8 bis 12½ Prozent!

Um 8 bis 12½ Prozent hätte die Miete niedriger sein können, wenn nicht vor allem durch die Grundstückspolitik des Staates der Bodenpreis so stark in die Höhe getrieben worden wäre.

Die Mietersparnis für die seit 1924 errichteten Neubauwohnungen hätte je nach Bauweise insgesamt 3 200 000 bis 4 560 000 Mark betragen können.

Jede einzelne Neubauwohnung, die heute durchschnittlich rund 520 bis 650 Mark kostet, hätte 52 bis 74 Mark billiger sein können.

Die mögliche Ersparnis an den Mieten der Altbauwohnungen hätte insgesamt noch größer sein können. Um die Unterschiede zwischen den Mieten der Neubauwohnungen und denen der Vorkriegswohnungen auszugleichen, sind die Mieten der Altbauwohnungen bekanntlich heraufgesetzt worden. Diese „Anpassung der Mieten“ hätte um 15 bis 21 Millionen Mark niedriger sein können, wenn die Finanzdeputation die Bodenpreise nicht so stark in die Höhe getrieben hätte.

Fast sämtliche seit 1924 gebauten Wohnungen sind mit Hilfe staatlicher Baukostenzuschüsse errichtet worden. Hätte Hamburg alle die Wohnungen bezuschußt, die es bisher bezuschußt hat, aber statt der immer steigenden Bodenpreise stets nur die Preise von 1924 zu Grunde legen zu brauchen, so hätte es rund 40 Millionen Mark an Zuschüssen sparen können. Diese Ersparnis hätte ihm die Bezuschußung weiterer 8000 Wohnungen ermöglicht oder es hätte seit 1927, als die Bodenpreise zu steigen anfangen, 4 Prozent weniger Hauszinssteuer zu erheben brauchen.

## . . . und haben die Krise verschärft.

Hiermit sind die Schäden, die eine solche Bodenvorratswirtschaft angerichtet hat, aber noch nicht völlig erfaßt. Schon die Vorratskäufe selber stellen einen starken verhängnisvollen Eingriff in das Wirtschaftsleben dar. Sie haben eine verhängnisvolle Verschiebung der Kaufkraft zu Folge gehabt. Infolge der Käufe wurde zum Beispiel allgemein die Miete um 4 Prozent erhöht. Rund 10 Millionen Mark sind auf diese Weise der Mehrzahl der Mieter Jahr für Jahr entzogen und den Eigentümern der jährlich verkauften etwa 150 Grundstücke gegeben worden. Ohne die Grundstückskäufe hätten den Mietern jährlich 10 Millionen Mark mehr zur Verfügung gestanden, die sie wohl zum größten Teil für Konsumzwecke verwendet hätten.

Die kleine Schicht der Grundeigentümer, denen der Staat das den Mietern abgenommene Geld gegeben hat, haben sicher nicht für die gleiche Summe Konsumgüter gekauft. Das Ergebnis war Verschärfung der Absatzstauung und Wirtschaftsschrumpfung.

In der gleichen wirtschaftsschädigenden Weise wie die Grundstückskäufe haben auch die Staatszuschüsse für den Wohnungsbau gewirkt. Der kleinen Schicht von Grundeigentümern, auf deren Boden gebaut worden ist, sind für diesen überbewerteten Boden erhöhte Baukostenzuschüsse gezahlt worden, die von der breiten Schicht der Mieter aufgebracht werden mußten. Auch hier zeigt sich die gleiche verhängnisvolle Kaufkraftverschiebung. Das Gleiche gilt für den mit den Staatskäufen unbebauter Grundstücke verbundenen Fortfall der Grundsteuer. Was die ehemaligen Grundbesitzer des unbebauten Bodens nicht mehr bezahlen, muß jetzt von jedem Arbeiter, Angestellten und Beamten, jedem Geschäftsmann und Gewerbetreibenden bezahlt werden.

Ebenso wirkt die aus der Bodenpreissteigerung stammende Mieterhöhung. Die Erhöhung der Neubaumieten von 8 bis 4½ Prozent der Friedensmiete pro Jahr ist in voller Höhe reine Kaufkraftverschiebung. Den vielen Mietern ist diese Summe genommen, den wenigen Grundeigentümern, auf deren

Grund und Boden die Wohnungen errichtet worden sind, ist sie gegeben worden. Auch die Steigerung der Mieten in den Altbauwohnungen, ist zum größten Teil reine Kaufkraftverschiebung. Seit 1926 sind den Grundeigentümern der Altbauwohnungen steigende Prozentsätze für Verzinsung und allgemeine Bewirtschaftung von der Regierung zugewilligt worden. Von der auf Grund der Bodenpreissteigerung vorgenommenen allgemeinen Mieterhöhung sind den Grundeigentümern rund 75 Prozent zu gute gekommen, von den 15 bis 21 Millionen also Jahr für Jahr etwa 12 bis 15 Millionen Mark (der Rest wird ihnen weggesteuert).

Jahr für Jahr werden diese Summen dem Konsum der breiten Massen entzogen und der Verfügung einiger weniger überliefert! Diese Verlagerung der Kaufkraft hat zu ihrem Teil zur Auslösung und Verschärfung der Krise beigetragen.

Daß die Mietsteigerung zu Lohnkämpfen und Geldlohn-erhöhungen geführt hat und daß die Unternehmer aus den Lohnsteigerungen die Berechtigung zu — in vielen Fällen größeren — Preiserhöhungen abgeleitet haben, mag noch andeutet werden.

Das, was sich in Hamburg abgespielt hat, hat sich auch in vielen anderen deutschen Gemeinden abgespielt. Überall sind, um die Käufe durchführen zu können, die Steuern erhöht worden. Überall sind infolge der erhöhten Bodenpreise die Baukostenzuschüsse und die Mieten gestiegen, überall sind die Produktionskosten gestiegen. Überall ist durch die Bodenvorratswirtschaft mit ihren Auswirkungen die Kaufkraft der Masse gekürzt worden, überall ist die einiger Weniger gestärkt worden. Und diese Wenigen haben die ihnen zugewachsene Kaufkraft in erster Linie sicher nicht für Konsumzwecke verwandt.

Die Bodenvorratswirtschaft der öffentlichen Hand hat zu ihrem Teil die heutige Wirtschaftsnote mitverschuldet.

Alfred Schär (Hamburg).